Freitag, 18. Februar 1898. Nr. 39. Dritter Jahrgang.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis nebst den Gratisbeilagen „Sonntagsfreude", „Feierglocken" und „Sterne und Blumen" durch die Boten zugestellt nur 50 Pfg. pro Monat, durch die Post bezogen nur 1,20 Mk. pro Quartal.

Preis für die 1spaltige Petitzeile 10 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen können nur bis spätestens Abends 5 Uhr angenommen werden, ganz dringende Inserate bis Morgens 8 Uhr. Geschäftsstelle: Witten, Hauptstraße 79.

Wittener Volks-Zeitung

Verantwortlich für den ganzen Inhalt: H. Bringewald, Witten. Telephon-Anschluß 130. Centrums-Organ für das Ruhrthal. Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Witten. Druck und Verlag von H. Bringewald, Witten.

□ Politische Tagesübersicht.

Die wichtigsten **Abänderungen der Militärstrafprozeßordnung** nach den Beschlüssen der ersten Lesung in der Reichstagscommission werden in der „Köln. Ztg." folgendermaßen zusammengestellt: Die zur Disposition gestellten Officiere sollen der Militärstrafgerichtsbarkeit nur wegen Zuwiderhandlungen gegen die Militärstrafgesetze, nicht wegen aller strafbaren Handlungen unterstellt werden. Personen des Beurlaubtenstandes sollen wegen Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Strafgesetze, die während der Einberufung begangen sind, der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterliegen. Für die Aburtheilung der vor dem Dienstantritt begangenen strafbaren Handlungen sollen nach dem Beschluß der Commission die bürgerlichen Gerichte zuständig sein. Was die Besetzung der Gerichte anbelangt, so wurde zunächst der Grundsatz der Ständigkeit stärker ausgebildet, als das in dem Entwurfe geschehen ist. Der zweite Beisitzer bei dem Standgericht ist von dem Gerichtsherrn wie der erste auf die Dauer eines Geschäftsjahres, und die bei dem Kriegsgericht als Beisitzer fungirenden Officiere sind nach einer Commandirrolle, von der nur aus dringenden Gründen abgewichen werden darf, zu berufen. Diese Aenderungen werden wohl auch auf militärischer Seite Bedenken nicht finden. Das juristische Element ist verstärkt; bei den Kriegsgerichten sollen statt eines zwei Kriegsgerichtsräthe, bei dem Reichsmilitärgericht vier juristische Mitglieder statt der vorgeschlagenen drei nach dem Beschluß der Commission fungiren. Erheblichen Widerstand bei der Militärverwaltung findet dagegen der Beschluß der Commission, daß bei dem Reichsmilitärgericht das juristische Element in der Mehrheit sein soll. Die Festnahme durch Jedermann soll bei Officieren nach dem Beschluß der Commission nicht nur bei Verbrechen, sondern auch bei Vergehen, wenn der Officier auf frischer That betroffen wird, erfolgen können. Die Zulassung confessioneller Zusätze bei der Eidesformel ist zugestanden. Hinsichtlich der Oeffentlichkeit der Hauptverhandlung ist man in der Commission zu einer durchaus sachgemäßen Einigung mit den verbündeten Regierungen gelangt. Dem Kaiser ist die Befugniß eingeräumt, allgemeine Vorschriften darüber zu erlassen, unter welchen Voraussetzungen das Gericht die Oeffentlichkeit der Verhandlung wegen Gefährdung der Disciplin auszuschließen hat. Eine weitere Aenderung besteht darin, daß dem Verletzten in allen Fällen der Zutritt zu öffentlichen Verhandlungen gestattet ist. Aus Gründen der Disciplin kann die Entfernung aus der Hauptverhandlung angeordnet werden, falls ein Angehöriger der Armee oder Marine in Frage steht. Bei nicht öffentlichen Verhandlungen ist dem Verletzten der Zutritt zu gestatten, wenn nicht die Oeffentlichkeit aus Gründen der Staatssicherheit ausgeschlossen ist. Zu ziemlich lebhaften Erörterungen führte ein Antrag, daß alle vorgeladenen Zeugen und Sachverständigen in der Hauptverhandlung in dem Kriegsgericht gehört werden müssen, falls nicht das Kriegsgericht die Thatsache zu Gunsten des Angeklagten für erwiesen oder einstimmig für unerheblich erachtet. Die Militärverwaltung will dagegen Mehrheitsbeschluß des Reichsgerichts über den Umfang der Beweisaufnahme entscheiden lassen. Einen wesentlichen Fortschritt enthalten die Beschlüsse der Commission, wonach die Beeidigung eines Zeugen unterbleiben kann, wenn nach einstimmiger Ueberzeugung des Gerichts die Aussage sich als offenbar unglaubwürdig oder unerheblich darstellt oder die Aussage, auch wenn sie unbeeidet bleibt, sich als offenbar glaubwürdig herausstellt und in den beiden letzteren Fällen die Beeidigung nicht beantragt ist. Hinsichtlich der Schuldfrage hat die Commission entgegen der Regierungsvorlage zwei Drittel Mehrheit im Spruchcollegium vorgeschrieben, und dabei wird es wohl auch verbleiben. Bei dem Abschnitt Vertheidigung ist in erster Lesung die Meinung der Mehrheit nicht zum Ausdruck gekommen. Die Mehrheit ist sich darüber einig, daß nicht jeder bei einem deutschen Gerichte zugelassene Rechtsanwalt auch bei einem Militärgericht auftreten kann, sondern daß zum mindesten dem Gerichtsherrn ein Zurückweisungsrecht gegeben werden muß. Da in der Debatte ein neuer Vorschlag auftauchte, besondere Militärgerichtsanwälte zu ernennen, vermochte schließlich weder ein einschränkender Antrag Gröber, noch die Regierungsvorlage eine Mehrheit zu erlangen. Bei den Standgerichten soll die Vertheidigung in der Hauptverhandlung zulässig sein, jedoch da die Anklage durch einen Officier vertreten wird, lediglich durch Officiere erfolgen dürfen.

Die **protestantische Berliner Missionsgesellschaft** hat nun auch beschlossen, in dem deutschen Gebiete von Kiaotschau eine Station zu errichten. Die katholischen Missionare haben bekanntlich schon Schritte gethan, um Land bei Kiaotschau anzukaufen. Es war vorauszusehen, daß die Rolle, die die katholischen Missionen bei den jüngsten Ereignissen in China gespielt haben, die Eifersucht auf protestantischer Seite wachrufen würde. So bringen denn die Barmer Missionsberichte eine gehässige Schilderung der vollkommen „scrupellosen Art", mit der die „Römischen" in der Kanton-Provinz vorgehen, der evangelischen Mission überall in der Weg treten und kaum glaublichen Terrorismus üben sollen. Der Berichterstatter, ein Missionar Benähr, läßt die Ursache seiner Schmerzen recht deutlich durchblicken: die protestantischen Missionare haben wenig Erfolg und Einfluß, deshalb wird aus aller Kraft auf die Römischen, „die dunkeln Elemente in der katholischen Kirche" und „die in sehr übelem Rufe stehenden Jesuiten" geschimpft.

Centrumsangehörige waren der „Deutschen Tagesztg." zufolge auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirthe sehr zahlreich vertreten. Sie sollen von dem Verlaufe so befriedigt gewesen sein, daß sie einige der dort gehaltenen Reden sofort zur weitesten Verbreitung in ihren heimischen Kreisen forderten. Da einige der Reden, die so frisch unter der Wirkung der angeblichen Begeisterung gehalten wurden, z. B., die des Dr. Hahn, schon vorher in Bürstenabzügen der „Deutschen Tagesztg." in der Versammlung zu haben waren, so hat der Wunsch der „Centrumsangehörigen" gewiß sofort Befriedigung finden können. Ganz besonders würden wir ihrer Beachtung folgende Stellen aus der Rede des Herrn Dr. Oertel empfehlen: Die Weltanschauung des Bundes gipfelt und wurzelt im lebendigen Christenthum, nicht in jenem, das auf den Lippen bleibt und mit dem Murmeln der Gebete sich begnügt, sondern dem lebendigen, das die Herzen stärkt, die Hände öffnet, die Menschen veredelt, das den Kopf nicht duckt, sondern reckt und hebt, das die Augen klärt und den Nacken steift auch gegenüber den Mächtigen der Erde . . . Kein confessionelles Gezänk! Katholische und Evangelische müssen Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind kämpfen. (Stürmischer Beifall.) Kein dogmatischer Formelkram, lebendiges, im Leben erprobtes und Leben zeugendes Christenthum soll die Losung sein." Also kein „Murmeln der Gebete" und keinen „dogmatischen Formelkram".

Herr von Miquel hat über das **Vereinswesen der Beamten** andere, aber nicht so freundliche Ansichten, wie der neue Herr Generalpostmeister. Dieser letztere hat erklärt, daß er dem Postassistenten-Verbande keine Schwierigkeiten in den Weg legen will, wie es vor ihm Herr von Stephan und sein Unterstaatssecretär Fischer gethan haben. Aber Herr von Miquel erläßt Verordnungen gegen die Vereinsbestrebungen in den Kreisen der Beamtenschaft. Dies beweist ein Erlaß des preußischen Finanzministeriums, der allen preußischen Zoll- und Steuerbeamten zugegangen ist und folgende bemerkenswerthe Sätze enthält: „Besonders haben schon seit längerer Zeit diese Bestrebungen (nämlich eben Vereinsbestrebungen) zur Gründung und allgemeinen Ausbreitung von Vereinen geführt, die es sich zur Aufgabe machen, die dienstlichen Standesinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten, insbesondere Rangerhöhungen, Verbesserung des Einkommens und dienstliche Erleichterung zu erreichen, sei es durch Massenpetitionen, sei es durch Agitation in der Presse, wobei mehr oder weniger versteckt zum Ausdrucke gebracht wird, daß die Verwaltung kein Verständniß für den Werth der Leistungen der Beamten und für ihre Bedürfnisse oder kein Interesse für die Besserung der Lage einzelner Beamtenclassen zeige. Da solchen Vereinsgründungen der Gedanke zugrunde liegt, daß man durch ein derartiges Zusammenschließen einen verstärkten, und daher erfolgreichen Druck auf die Entschließungen der Vorgesetzten auszuüben vermöge, so können sie nicht geduldet werden, wenn nicht die Disciplin gelockert werden soll . . ." Neue Freunde wird sich Herr von Miquel dadurch unter den Beamten sicherlich nicht erwerben.

Politische Nachrichten.

Berlin, 16. Febr.

* Zur **Behandlung des Erzbischofs Paulus** im Kölner Gefängniß schreibt der „Köln. Vztg." ein Herr, der ihm sehr nahe gestanden hat: „Wie weit die „Rücksicht" ging, welche in der Kölner Strafanstalt „auf die Stellung und Persönlichkeit" des Erzbischofs genommen wurde, mögen außer den bisher veröffentlichten Angaben noch folgende Thatsachen beleuchten. Seine Gefängnißzelle war nicht nur die eines gewöhnlichen Sträflings, mitten zwischen denen der Diebe und Mörder, sie war auch immer geschlossen, und Soldaten mit geladenen Gewehren gingen draußen auf und ab, um Wache zu halten. Die hl. Messe las er täglich in der Gefängnißcapelle, wobei ein wegen Mordes verurtheilter Sträfling diente. Es wurde ihm verweigert, seinen gewöhnlichen Beichtvater kommen zu lassen und er wurde an den angestellten Gefängniß-Geistlichen verwiesen, um bei ihm seine Beichte abzulegen. Das Bett, welches er in seiner Zelle vorfand, war so hart, daß er kaum schlafen konnte, und erst auf die eindringliche Verwendung einer hochgestellten Person wurde ihm gestattet, sein eigenes Bett ins Gefängniß bringen zu lassen."

* **Die Polen und das Flottengesetz.** Der „Dzienn. Berl." schreibt, daß es sich bei dem Beschluß der Polenfraction gegen das Flottengesetz jedenfalls nur gehandelt habe um die Feststellung, daß die Polenfraction Gegnerin der Tirpitz'schen Vorlage, sowie jeglicher Mehrausgaben für die Marine sei; dem polnischen Vertreter in der betreffenden Commission, dem Abg. v. Jazdzewski, sei aufgegeben worden, in diesem Sinne in der Commission aufzutreten. Dies schließe jedoch nicht die Möglichkeit aus, daß Abg. v. Jazdzewski in der Commission und die Fraction sodann im Plenum aus tactischen und practischen Gründen bei der zweiten Berathung der Marinevorlage für die oder jene Position eintreten würde, so z. B. für alle diejenigen Positionen, die zum festen Marineetat gehörten. Dies seien jedoch Einzelheiten, um die es sich nicht handle.

‡ Der **Bund der Landwirthe** ist nicht in der Zunahme begriffen. In dem Geschäftsbericht, den am letzten Montag in der Hauptversammlung des Bundes der Landwirthe der Director des Bundes erstattete, werden die Bundeseinnahmen auf 491,850 Mark angegeben. Da sie für 1894/95 auf 493,000, für 1895/96 auf 494,000 M. beziffert werden, so sind sie also jetzt niedriger als damals. In dem Geschäftsbericht wird gesagt, der Bund zähle rund 187,000 Mitglieder. Aber für 1893 wurde die Mitgliederzahl auf 220,000 angegeben, am 18. Februar 1896 auf 190,972. Sie ist jetzt also um rund 4000 kleiner als vor zwei Jahren, Fortschritte hat der Bund der Landwirthe mithin nicht gemacht. Gewiß ist die Mitgliederzahl von 187,000 ziemlich stattlich; aber der Bund der Landwirthe ist darum noch nicht gleichbedeutend mit der deutschen Landwirthschaft, der nach der jüngsten Berufszählung 8,292,692 Personen im Hauptberuf angehören.

* Dem verstorbenen **Senatspräsidenten Dr. Kayser** widmet der „Reichsanzeiger" einen eigenthümlichen Nachruf. Während jeder Geheimrath nach seinem Tode in dem amtlichen Blatte mit hohen Lobsprüchen über seine Fähigkeiten und Leistungen bedacht wird, wird von Dr. Kayser ganz nüchtern der Lebenslauf erzählt und nur schüchtern hervorgehoben, daß er als Director der Colonialabtheilung die Colonialverwaltung in ihrer innern und äußeren Organisation auf eine feste Grundlage gestellt und die Entwickelung der Schutzgebiete erheblich gefördert habe.

* Nach einem Telegramm der „Times" aus Colombo hat **Prinz Heinrich** seinen einwöchigen Aufenthalt auf Ceylon ordentlich ausgenutzt. Er unternahm auf einer Locomotive eine Fahrt ins Gebirge, nahm an drei Jagden auf Elefanten und Elche Theil, spielte Polo und gewann das „Victoria Croß"-Radfahrrennen.

* **Wiedenbrück**, 14. Febr. Gestern wurde laut der „Köln Vztg." im hiesigen Gesellenhause unter dem Vorsitze des Pfarr- und Landdechanten Deilmann von hier eine Vertrauensmänner-Versammlung der Centrumspartei zur Besprechung der Reichstagswahl abgehalten. Unser Vertreter, der Land- und Reichstagsabgeordnete Humann, erstattete einen klaren und lichtvollen Bericht über die Wahrnehmung seines Mandats im Reichstage, namentlich wie er für die landwirthschaftlichen Interessen des Wahlkreises, und besonders auch für die Leinenindustrie Bielefelds thätig gewesen sei. In Betreff der Marinevorlage verhalte er sich nicht grundsätzlich ablehnend; er sei mit dem ganzen Centrum gewiß für den Schutz unseres überseeischen Handels und unserer Colonien, müsse aber erst die Erklärungen abwarten, welche die Regierungsvertreter in der Commission bezüglich des Budgetrechts u. s. w. abgeben würden. Einstimmig beschlossen die 160 anwesenden Vertrauensmänner, den bisherigen Vertreter Humann auch für die nächste Reichstagswahl als Candidaten aufzustellen.

* **Braunschweig**, 16. Febr. Der frühere preußische Kriegsminister von Kaltenborn-Stachau ist nach kurzem Krankenlager hier gestorben.

* **Wien**, 16. Febr. Die österreichische Staatsbahnverwaltung steht im Begriffe, demnächst Maßregeln zu treffen, die dazu bestimmt sind, die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs in erhöhtem Maße zu verbürgen und zugleich eine Ueberbürdung des im ausübenden Betriebsdienste verwendeten Personals zu verhindern. Die Maßnahmen bauen sich auf den Grundzügen der preußischen Eisenbahnvorschriften auf. Die Staatsbahnverwaltung hofft, daß die großen österreichischen Privatbahnen die gleichen Normen aufnehmen werden. Die geplanten Maßnahmen erfordern eine jährliche Mehrausgabe von einer Million nebst den Investitionen für Unterkünfte im laufenden und den nächsten zwei Jahren. Der Bericht des Eisenbahnministeriums hebt hervor, daß ein höherer Fachbeamter des Eisenbahnministeriums behufs Studiums in Berlin war, woselbst er bereitwilliges Entgegenkommen gefunden habe.

> Vom Ahn zum Enkel.

[43

Roman von Max Ben . o.

Marius hatte beim Anblick des Verwundeten fast das Bewußtsein verloren, und war selbst, einer Leiche ähnlich, nach seinem Zimmer gewankt. Von dem Justizrath war er nachher vergeblich gesucht worden. Er hatte sich heimlich aus dem Schlosse entfernt. Unterwegs war der Pater von dem weiteren Unglück und dem Tode des Vetters Prokops in Kenntniß gesetzt worden. Sein Erstaunen war nicht gering, als er nunmehr die Vergangenheit dieses Mannes und dessen Beziehungen zu West und Guido erfuhr. Auch er erkannte in dem Schicksal Gideon Woods und Lady Sidonyens das Walten desjenigen, der oft schon auf dieser Welt begangene und durch die irdische Justiz nicht gesühnte Frevel bestraft.

Der peinliche Eindruck der letzten Stunden auf das Gemüth des geistlichen Herrn wurde einigermaßen durch die Mittheilungen des Capitäns über das für die Arbeiter Geschehene und die weiteren Pläne zu deren Gunsten verwischt. Nun sah er in schönster Verwirklichung vor sich, was er so oft gewünscht und ersteht hatte.

In der That geschah alles so, wie der Americaner versprochen und zwar viel schneller, als man zu hoffen gewagt. Die Fabrik wurde wieder aufgebaut, und die Arbeiterwohnungen in viel größerer Anzahl und auch zweckmäßiger, als vorher, hergestellt.

Die Geltendmachung der Rechte Guidos stieß namentlich nach der Entweichung des Lieutenants auf keine großen Schwierigkeiten. Man bedurfte der Zeugnisse Kosek's, West's und des Paters gar nicht. Die vom Vater erhaltenen Urkunden lieferten den vollen Beweis.

Auch die Verantwortung, welcher er sich nachträglich wegen Körperverletzung unterziehen mußte, zog keine allzu schlimmen Folgen nach sich. Er wurde mit zwei Wochen Festung bestraft.

Der Agent Wildenauer erhielt von Guido eine Entschädigung, die dessen Erwartung weit übertraf. Er hatte bereits alles verloren gegeben und kam nun, Dank der Großherzigkeit des wahren Erben, der den Namen seiner Familie durch keinen Prozeß schädigen lassen wollte, mit einem blauen Auge davon.

Marius blieb verschwunden. Dies war der einzige Mißton in Guidos Glück. Er hätte ja gerne, trotz der Feindseligkeit desselben, selbst das größte Opfer gebracht, um den Unseligen von einem Schritt abzuhalten, dessen schließliches Ende sich voraussehen ließ. Man hörte nichts mehr von ihm. Die Tholmühle wurde wirklich der Fabrik einverleibt, dagegen bezogen die Müllersleute ein hübsches Häuschen, das West neben seiner am Saume des Waldes erbauten Villa herstellen ließ. — —

Der Winter ging vorbei und der Frühling zog in das Land. Die schöne Jahreszeit wurde namentlich von den Arbeitern in Buchenberg mit Jubel begrüßt, weil sie die Möglichkeit zu einem baldigen Einzug in die neuen, schmucken Wohngebäude und zur Wiederaufnahme der Arbeit versprach. Noch vor Pfingsten war alles fix und fertig. Die Leutchen sahen ihre Wünsche erfüllt.

Braunbeck wurde an Stelle des im Feuer umgekommenen Prokop Oberaufseher, der Lohn durchweg um ein Bedeutendes erhöht, ein eigener Arzt für die Angehörigen der Fabrik angestellt, welcher in dem geräumigen Krankenhause wohnte, in dessen abgesondertem Seitenflügel sich eine Abtheilung für arbeitsunfähige Invaliden befand.

Diesen Wohlthaten gegenüber wurde von den Arbeitern ohne alle Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit treue Pflichterfüllung, Religiosität und das Fernhalten von den Irrlehren der modernen Weltverbesserer verlangt. Für solche gab es in Buchenberg keinen Platz.

Die Direktion der Fabrik besorgte Ferdinand Freiholt für den theoretischen Theil, während in praktischer Beziehung der alte West das Heft in die Hand nahm und durch Anregung, Belehrung und Hilfe sich überall nützlich machte, wo es nothwendig erschien.

Im Herbst gab es eine Doppelhochzeit. Guido führte seine Rosa, Ferdinand Antonien zu dem Altar. Dieser Tag war für alle Fabrikangestellten sowie für die Einwohner des Dorfes ein Fest. In den besten Gewändern begleitete man die Brautpaare in die reich geschmückte Kirche, wo Pater Hubertus die Trauung vornahm. Nachher begab sich alles in den prächtigen Schloßgarten. Bei reichlicher Bewirthung vollzog sich hier im Kreise der biederen Landleute und dankbaren Arbeiter die weltliche Vermählungsfeier der beiden Brautpaare. Erst nach Sonnenuntergang trennte man sich. — —

Guido bewirthschaftete sein Gut selbst und vermißte dabei die im Umgang mit den höheren Kreisen gebotenen Genüsse und Aufregungen nicht. Nur zuweilen fuhr er mit West nach der Kreisstadt, wo er dann jedesmal bei den daselbst garnisonirenden Officieren freundliche Aufnahme fand.

Er schloß sich eng an Pater Hubertus an, der ihm, als bald darauf der alte Förster und seine Vevi schnell hintereinander in die Ewigkeit gingen, noch lange die Liebe eines Vaters erwies. Der Pater hatte zwar das Schicksal seines Bruders gekannt und auch erfahren, daß dabei durch den Vater des Grafen Felix eine rachsüchtige Rolle gespielt worden war, aber doch nicht gewußt, durch welche ruchlose Mittel man Stanislaus sammt dem Sohne in die Gewalt der Russen gespielt hatte.

Eine um so größere Genugthuung war es für ihn, daß endlich Recht doch wieder Recht geworden, und der wahre Erbe in den Besitz des väterlichen Gutes gesetzt worden war.

Die Buchenberger Fabrik blüht und gedeiht heute noch, obgleich der alte West schon vor einigen Jahren zum großen Appell eingerückt ist. Die Arbeiter daselbst sind zufrieden und deshalb glückliche Leute. Sie wissen aber auch, daß man sie nicht als bloße Miethlinge behandelt, sondern als Angehörige einer großen Familie, in welcher für jedes Mitglied in allen Lebenslagen mit väterlichem Wohlwollen gesorgt wird. Sie hängen mit aufrichtiger Liebe und Dankbarkeit an ihren Vorgesetzten sowie an dem Brodherrn und noch niemals erzielte einer der Verführer, welche auch nach Buchenberg schon ihre Fangarme ausstreckten, den geringsten Erfolg.

„Beten und arbeiten", dieser Wahrspruch des Paters Hubertus ist der geheimnißvolle Talisman, welcher die Gefahren der neuen Lehre von dem schönen Etablissement des Grafen Guido von Blankensee und seines Compagnons, des Commerzienraths Ferdinand Freiholt, fernhält. Eine Schaar blühender Kinder tummelt sich bereits in der Villa und auf dem Schlosse. Man zieht sie im Geiste des heimgegangenen Pater Hubertus, der noch das erste Pärchen getauft hat, zu guten Menschen und ordentlichen Bürgern heran.

Ende.

* **Ganz nach Befehl.** Lieutenant (der einen Abstecher nach Berlin machen will, zu seinem Burschen): Johann, geh doch mal zum Bahnhof und sieh zu, wann der nächste Zug nach Berlin abgeht, aber schnell! — Johann rast zum Bahnhof, der keine zehn Minuten von der Wohnung seines Herrn Lieutenants entfernt liegt, und dieser stellt sich ans Fenster, um die Rückkehr seines braven Burschen abzuwarten. Wer aber nicht kommt, ist sein Bursche! Drei Viertelstunden sind schon verflossen. Kreuzmill . . . . Da! Endlich sieht er Johann die Straße heranstürmen, den Chronometer seines Urgroßvaters in der zierlichen Rechten. „Kerl," schnaubt er den Athemlosen an, „wo steckst Du denn so lange?" Zu Befähl Härr Leitnant, vor vier Minuten is Se där Zug nach Bärlien abgegangen, hob ich zugesähn!"

Reichstags-Verhandlungen.

42. Sitzung vom 16. Februar. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Niemand.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Antrages Auer über das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition.

§ 1 bestimmt, daß das Recht sich zu versammeln allen Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes zustehen soll. Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen soll es weder einer Anmeldung bei einer Behörde noch einer Erlaubniß durch eine Behörde bedürfen. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sollen jedoch spätestens 6 Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Lebens betrauten Ortsbehörde anzuzeigen sein.

Abg. **Geyer** (Soz.) bittet um Annahme dieses Paragraphen. Es solle grundsätzlich allen Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts und des Alters das Recht eingeräumt werden, Versammlungen zu veranstalten.

Abg. **Rickert** (frs. Vgg.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß der Bundesrath noch immer keinen Beschluß auf den zweimal vom Reichstage angenommenen Antrag auf Aufhebung des Coalitionsverbots für politische Vereine gefaßt hat. In Preußen ist seit vorigem Frühjahr kein weiterer Versuch gemacht worden, diese Materie zu regeln. Dagegen liegen in Sachsen und Bayern Gesetze in diesem Sinne bereits vor. Um so dringender scheint die reichsgesetzliche Regelung. Der social-demokratische Antrag entspricht aber den Wünschen des Reichstages nicht. Redner beantragt die Ueberweisung des Antrages Auer an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Abg. **Singer** (Soc.) weist darauf hin, daß die Plätze des Bundesraths unbesetzt sind. Redner meint, kein anderes Parlament würde sich das bieten lassen, aber der Reichstag sei selbst schuld an der Behandlung, die ihm vom Bundesrath zu Theil werde. Jedes Volk habe eben die Regierung, die es verdiene. Eine Commissionsberathung halten die Freunde des Redners nicht für nöthig.

Abg. **Bassermann** (natl.) erklärt, seine Freunde stehen auch heute noch auf dem Standpunkte, daß ein Reichsvereinsgesetz auf liberaler Grundlage erwünscht sei. Sie bedauern, daß der richtige Zeitpunkt zum Erlaß eines solchen verpaßt ist. In Baden habe man gute Erfahrungen gemacht mit der Zulassung von Frauen zu politischen Versammlungen. Seine Freunde würden daher kein Bedenken tragen, den Frauen von Rechts wegen dasselbe Recht einzuräumen. Bedenklich scheint seinen Freunden dagegen die bedingungslose Zulassung Minderjähriger.

Abg. Dr. **Lieber** (Centr.) seine Freunde können für den Antrag Auer, wie er vorliegt, nicht stimmen. Sie haben es auch nicht für nothwendig gehalten, das hier nochmals zu betonen. Die berechtigten Beschwerden der Arbeiter über die Schädigung der Interessen, über die Beeinträchtigung des Coalitionsrechtes und über das Coalitionsverbot für politische Vereine würden auf viel bequemere und sichere Weise abgestellt durch die Annahme der auf diese Materie gerichteten Initiativanträge. Für eine Verweisung des vorliegenden Antrages an eine Commission kann Redner sich nicht aussprechen.

Abg. **v. Massow** (cons.) erklärt, seine Partei werde weder für den Antrag noch für seine Ueberweisung an eine Commission stimmen.

Nachdem auch Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Reformp.) erklärt hat, seine Freunde könnten für den Antrag Auer in vorliegender Form nicht stimmen, sei der Antrag auf Verweisung des Antrags Auer an eine Commission gegen die Stimmen der Freisinnigen, Antisemiten und Socialdemokraten — abgelehnt.

Sodann wird der § 1 des Antrags Auer gegen die Stimmen der Socialdemokraten und süddeutschen Volkspartei ebenfalls abgelehnt und der weitere Rest des Antrages von den Socialdemokraten zurückgezogen.

Es folgt die Berathung des nachstehenden Antrages der Abgg. Müller-Waldeck und Liebermann von Sonnenberg (Reformp.)

„den Reichskanzler zu ersuchen, um den vielfach hervortretenden Mißbräuchen auf dem Gebiete des Privat-Versicherungswesens entgegenzuwirken, einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach für alle Privat-Versicherungsgesellschaften eine staatliche Prüfung und Genehmigung der von ihnen aufgestellten Versicherungsbedingungen vorgeschrieben wird."

Abg. **Müller-Waldeck** begründet seinen Antrag mit dem Hinweise auf die zahlreichen Klagen über unlautere Practiken von Versicherungsgesellschaften in allen Landestheilen. Das Vermögen der meisten Versicherungs-Gesellschaften sei in Folge der Geschäftspracticken ins Riesenhafte gewachsen. Mit diesen Kapitalien würde dann wieder ein nachtheiliger Druck auf das wirthschaftliche Leben ausgeübt. Deshalb müsse früher oder später eine staatliche Monopolisirung des gesammten Versicherungswesens angestrebt werden. Habe eine Privatgesellschaft einen gewissen Geschäftsumfang erreicht, so müsse ihre Liquidation veranlaßt werden. Einstweilen dürfe man allerdings auf eine Verstaatlichung noch nicht hoffen, deshalb hätten seine Freunde sich auf den Antrag beschränkt, eine Verschärfung der staatlichen Aufsicht herbeizuführen. An die Reichsregierung richtet Redner das Ersuchen, daß sie an die in der Verfassung verheißene reichsgesetzliche Regelung des Versicherungswesens möglichst bald herantreten möge.

Abg. **Vogtherr** (Soc.) stimmt im Prinzip dem Antrag zu. Die Regelung dürfe jedoch nicht im Sinne einer schärferen Polizeiaufsicht ausfallen, es soll sich die staatliche Kontrolle darauf erstrecken; daß die Berechnungen richtig aufgestellt und die Gelder richtig angelegt werden.

Abg. **v. Salisch** (cons.) erklärt, seine Freunde brächten dem Antrage ihre volle Sympathie entgegen. Für eine Verstaatlichung des Versicherungswesens könnten sich seine Freunde nicht aussprechen.

Director im Reichsamt des Innern Dr. **v. Woedke** theilt mit, daß die Regierung Willens sei, ein Reichsversicherungsgesetz vorzulegen. Die Grundzüge desselben seien bereits ausgearbeitet und den Interessenten zu gutachtlicher Aeußerung unterbreitet. Demnächst werde der Entwurf ausgearbeitet und möglichst bald dem Hause vorgelegt werden.

Abg. **Gröber** (Ctr.) kann sich unter diesen Umständen nicht für eine Annahme der Resolution entscheiden. Da eine reichsgesetzliche Regelung bereits in Vorbereitung sei, würde es nicht gut sein, noch ein besonderes Gebiet herauszugreifen.

Abg. Dr. **Hammacher** bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrages Müller.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Abg. Dr. **Pieschel** schließt die Diskussion. Abg. **Liebermann von Sonnenberg** zieht seinen Antrag zurück, da er durch die Aeußerungen des Directors v. Woedke durchaus befriedigt sei. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Postdampfer-Subventionsvorlage)

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 16. Februar. 11 Uhr.

Zur Berathung steht zunächst der folgende Antrag des Abg. Weyerbusch (frcs.)

„Die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die §§ 54 ff. des Communalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 über die Vertheilung des Steuerbedarfs dahin abgeändert werden, daß 1) die in § 54 gegebenen Vorschriften über die Heranziehung der Realsteuern und über die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer durch andere, eine Ueberbürdung des Haus- und Grundbesitzes, sowie des Gewerbebetriebes ausschließende ersetzt werden. 2) Die Bestimmungen der §§ 55 und 77 dahin ergänzt werden, daß die Genehmigung des Steuerplanes nicht versagt werden darf, wenn aus dem Beschluß über die Vertheilung des Steuerbedarfs ersichtlich ist, daß Aufwendungen der Gemeinde, die in überwiegendem Maße dem Grund- und Länderbesitz und dem Gewerbebetriebe zum Vortheil gereichen, durch die Realsteuern gedeckt sind, soweit die Ausgleichung nicht schon nach §§ 4, 9, 10, oder 20 erfolgt ist. — Zu solchen Aufwendungen gehören namentlich die Ausgaben für den Bau und die Unterhaltung von Straßen und Wegen, Ent- und Bewässerungsanlagen, sowie für die Verzinsung und Tilgung zu derartigen Zwecken gemachten Schulden.

In Verbindung damit wird in erster Lesung der vom Abg. **Mies** (Ctr.) eingebrachte Gesetzentwurf zur Berathung gestellt, durch den die Aenderungen des Communalabgabengesetzes in gleichem Sinne, wie sie der Antrag Weyerbusch fordert, gleich in Gesetzesform formulirt werden.

Abg. **Weyerbusch** (freic.) spricht zunächst sein Bedauern darüber aus, daß es nicht schon im vorigen Jahre gelungen sei, den gleichen Antrag zur Annahme zu bringen. Die Härten, die das Communalabgabengesetz für die Grundbesitzer und Gewerbetreibenden mit sich gebracht, hätten sich in der Zwischenzeit noch verschärft, und in einzelnen Orten herrsche unter den Grundbesitzern und Gewerbetreibenden eine große Unzufriedenheit. Es sei durch nichts zu rechtfertigen, daß auch der verschuldete Grundbesitz mit erhöhten Zuschlägen belastet würde, während der Steuerbedarf der Gemeinden viel leichter und ohne besondere Belastung der Allgemeinheit durch entsprechende Zuschläge zur Einkommensteuer gedeckt werden könnte. Bestimmte Vorschläge habe er indeß in diesem Jahre nicht gemacht, er halte es für zweckmäßiger, die Formulirung solcher der Staatsregierung zu überlassen. Halte das Haus es aber für rathsamer, gleich zu bestimmten Vorschlägen Stellung zu nehmen, so empfehle er, den Antrag Mies anzunehmen. Ein Beschluß im Sinne seines Antrages müsse aber in diesem Jahre jedenfalls gefaßt werden.

Abg. **Mies** (Ctr.) erklärt, der Antrag Weyerbusch gehe seinen Freunden nicht mehr weit genug. Mit der bloßen Forderung einer Aenderung sei so gut wie gar nichts geschehen. Es sei anzunehmen, daß, wenn die Regierung nun erst die Sache in Erwägung ziehe, und einen Gesetzentwurf vorlegen wollte, darüber wieder so viel Zeit vergehen würde, daß in der laufenden Session ein Beschluß überhaupt nicht mehr zu Stande kommen könne. Die Ueberlastung der Grundbesitzer und Gewerbetreibenden sei aber so empfindlich geworden, daß man nicht noch ein Jahr zögern dürfe. Deshalb empfehle er dem Hause seinen Antrag, der bestimmte Wege zur Abstellung der Uebelstände weise, zur Annahme. (Beifall im Centrum und rechts).

Geh. Rath **Noell** führt aus, der Friede sei in den Gemeinden durch die Communalsteuergesetzgebung nicht gefährdet. Die Ausführungsbestimmungen seien nur dazu angethan, dem Zweck, der bei der Communalsteuerreform vorgelegt wurde, weiter zu dienen. Gewiß ist, daß Aufwendungen, die gleichmäßig allen zu Gute kommen, durch die Einkommensteuer aufgebracht werden sollen, aber andere Stellen der Ausführungsbestimmungen, die die Herren Antragsteller nicht beachten, sagen, daß auch noch andere Gesichtspunkte maßgebend sein sollen. In einzelnen rheinischen Städten sind die Ausführungsbestimmungen irrthümlich dahin ausgelegt worden, daß die Ausgaben der Communen fast ausschließlich aus den Erträgen der Einkommensteuer gedeckt werden sollen, in den ländlichen Communen aber sind die Steuern meist ganz richtig in dem Sinne des Gesetzes vertheilt. Und Landgemeinden haben wir rund 37,000, Stadtgemeinden nur rund 1200. Die Annahme des Antrages Mies würde wahrscheinlich zu einer allgemeinen Erhöhung der Einkommensteuersätze führen. Zum Antrage des Antrages Weyerbusch bemerkt Redner, daß die Möglichkeit, seine Wünsche zu erfüllen, schon durch die jetzigen Bestimmungen gegeben sei.

Abg. **Noelle** (ntl.). Außer den hier beantragten Aenderungen des Communalsteuergesetzes mache ich noch auf einen Punkt in dem erwähnten Gesetze aufmerksam, der auch der Aenderung dringend bedarf, nämlich den, der die Besteuerung von Communaleingesessenen regelt, die nicht ihr ganzes Einkommen in der betreffenden Commune erwerben. Der Antrag Weyerbusch gibt nicht die Wege an, auf denen er das von ihm erstrebte Ziel zu erreichen wünscht, dem Antrag Mies ist der Vorwurf zu machen, daß er schwer ausführbar ist, und zu großen Streitigkeiten führen kann. Vielleicht könnte man gewisse Beschläge herausnehmen, die nur gewissen Einwohnerklassen zufallen, aber auch das könnte nicht genug Abhilfe bringen. Weitere Einzelheiten will ich der Commissionsberathung vorbehalten. Ich beantrage, die beiden Anträge einer Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. **Dr. Glattfelder** (Ctr.) stellt sich auf den Boden des Antrags Mies.

Geheimrath **Strutz** meint, die Grundbesitzer übersähen immer die Abwälzbarkeit dieser Steuer. Nur in 6 Städten sei die Lage der Grundbesitzer als ungünstig zu bezeichnen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. **Winkler, von Dobeneck, Ehlers** und **von Eynern** schließt die Discussion. Nach den Schlußworten der Abgg. **Dr. Arend** (frs.) für den Antrag Weyerbusch und **Herold** (Centr.) für den Antrag Mies, werden beide Anträge einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Forstetat. Etat des Ministeriums des Innern.)

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 16. Februar. 2 Uhr.

Im Anschluß an den gestern verhandelten Antrag Ratibor wird eine Resolution des Land- und Forstwirthschaftlichen Vereins Frankfurt a. O. betr. die Wasserkatastrophe im Jahre 1897 der Regierung als Material überwiesen.

Oberbürgermeister **Zweigert** berichtete sodann Namens der Budgetcommission über die Denkschrift betr. die vom 1. April 1895 bis zum 31. März 1897 erfolgten Bauausführungen an denjenigen Wasserstraßen, über deren Regulirung dem Landtage besondere Vorlagen gemacht wurden. Das Haus erklärt die Denkschrift durch Kenntnißnahme für erledigt.

v. Lucius-Ballhausen befürwortet den vom Abgeordnetenhause zugegangenen Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Amtscautionen, der in der vom Abgeordnetenhause genehmigten Fassung genehmigt wird.

Es folgt die Berathung des Gesetzentwurfes betr. das Anerbenrecht bei Landgütern in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Rees, Essen, Duisburg, Ruhrort, Mülheim-Ruhr.

Graf **Klinckowström** betont die Nothwendigkeit einer zielbewußten Agrarpolitik. Es sei bedauerlich, daß der vor Jahren angekündigte Gesetzentwurf betr. Erhaltung des Fideicommiß-Besitzes noch nicht eingegangen sei. Er stimme dem vorliegenden Gesetzentwurf zu und bitte die Regierung, in der Agrarreform weiter vorzugehen.

Der **Landwirthschaftsminister** erklärt, es sei leider wahr, daß die Verschuldung, namentlich des mittlern und kleinen Grundbesitzes, schreckenerregend genannt werden müsse. Die Regierung sei gewillt, in der Reform des Agrar-Rechtes vorwärts zu gehen. Sie gedenke in nächster Zeit dem Hause eine Vorlage zur Regelung der Fideicommiß-Gesetzgebung zu machen.

Der **Finanzminister** führt aus, es sei in keiner Weise rathsam, daß der Staat die Aufgabe der Renten-Abwickelung übernehme. Es bestehe noch eine weitgehende Unkenntniß über das Anerbrecht. Der Minister empfiehlt, auf die auf dem Lande Wohnenden in dieser Richtung aufklärend zu wirken. Vor allen Dingen sei es nothwendig, den Werth des Grund und Bodens in guten Zeiten nicht zu überschätzen und die Lebenshaltung in engen Grenzen zu halten.

Draesicke erklärt, dem Anerbrecht in seiner Heimathprovinz Ostpreußen Boden zu verschaffen, sei absolut undenkbar.

v. Helldorf erklärt bezüglich der Durchführung des Anerbenrechtes dürfte eine gewisse staatliche Garantie erwünscht sein, vielleicht würde auch eine provinzielle genügen.

In der Einzelberathung wird der Gesetz-Entwurf mit einigen Aenderungen angenommen.

Nächste Sitzung Morgen 12½ Uhr (Interpellation Woyrsch).

Proceß Zola.

* **Paris**, 15. Febr. Molinier, Professor am College de France, sagt aus, er könne bei seiner Seele und seinem Gewissen bestätigen, daß alle Formen der Schrift Esterhazy's genau denjenigen im Bordereau glichen, von dem er ein Facsimile vor Augen gehabt habe. Präsident: Für wen haben Sie diese Untersuchungen angestellt? Zuge: Für mich persönlich, denn die Angelegenheit interessirte mich, wie sie, wie ich glaube, alle Franzosen interessirt. (Bewegung.)

Clemenceau: Sie erinnern sich, meine Herren Geschworenen, der Umstände, unter denen der Gerichtshof den Befehl gab, der Untersuchungsrichter Bertulus solle Frau de Boulancy verhören. Im Nachfolgenden haben Sie im Wesentlichen das Ergebniß des Verhörs: Frage: Haben Sie in Händen oder bei Dritten deponirt Briefe, die Esterhazy Ihnen geschrieben hat? Frau de Boulancy: Ja, ich habe gewisse Briefe in Händen. Frage: Haben Sie von Esterhazy nicht Telegramme erhalten? Antwort: Ich habe zwei Telegramme erhalten. Frage: Enthielten diese Telegramme Drohungen? Antwort: Es war keine Drohung darin enthalten; sie waren in höflichster Form, aber auch in den dringendsten Ausdrücken abgefaßt und bezweckten, die Briefe zurückzuverschaffen, die Esterhazy mir im Jahre 1881 und 1884 geschrieben hatte. Frage: Sind die Briefe für Esterhazy compromittirend? Antwort: Wie der Brief, in dem das Wort Ulan vorkommt; sie enthalten in Bezug auf die Armee und auf Frankreich Aeußerungen, die von gewisser Wichtigkeit sind. (Bewegung.) Frage: Warum haben Sie Esterhazy diese Briefe nicht zurückgegeben? Antwort: Weil ich sie bei der Hand behalten will, um zu beweisen, daß ich keine Fälschung begangen habe, wie man mich dessen mit Bezug auf die übrigen Briefe beschuldigt hat. Frage: Ist Esterhazy in der letzten Zeit einige Male bei Ihnen gewesen? Antwort: Er ist drei- oder viermal gekommen, um die Briefe zurückzufordern.

Hierauf liest Labori das Protocoll über das Verhör vor, das derselbe Richter mit Blanche de Comminges angestellt hat. Das Ergebniß dieses Verhörs ist so zu sagen negativ, denn über die Punkte von einiger Wichtigkeit hat die Zeugin die Antwort verweigert.

Clemenceau bringt hierauf den Antrag ein, das Gericht möge beschließen, einen Richter zu Frau de Boulancy zu senden, der sie darüber befragen soll, ob in dem in ihrem Besitze befindlichen Briefe nicht folgende Stellen vorkommen: 1. General Saussier ist ein Clown bei uns. Die Deutschen würden ihn nicht in den Circus stellen. 2. Wenn die Preußen nach Lyon kämen, so könnten sie ihre Gewehre fortwerfen und brauchten nur die Ladestöcke zu behalten, um die Franzosen vor sich herauszutreiben.

Es folgt die Vernehmung dreier Sachverständigen, die sich aus Liebhaberei mit der Untersuchung von Handschriften beschäftigen, nämlich Molinier, Archivar Paläographe am Louvre, Cellerier, Professor am College de Fontainebleau, und Bourmon, Paläograph. Alle drei versichern, das Facsimile sei eine getreue Reproduction der Handschrift Esterhazys. Sachverständiger Franck aus Brüssel weist auf einer Schultafel die vollkommene Uebereinstimmung der Eigenthümlichkeit der Schrift des Bordereaus und der Esterhazys nach und zieht daraus den Schluß, daß Esterhazy der Urheber des Bordereaus sein könne.

Professor an der polytechnischen Schule und Mitglied des Instituts Grimaux, der das Manifest zu Gunsten der Revision unterzeichnet hat, bekundet seine Ueberzeugung von dem guten Glauben Zolas und brandmarkt das Treiben eines Theiles der Presse, die die Unterzeichner als Beleidiger der Armee hinstelle. Zeuge erzählt zum Schluß, daß der Kriegsminister ihm mit Absetzung gedroht habe. Sachverständiger Mitglied des Instituts Havet kommt auf Grund graphologischer und stilistischer Untersuchungen zu dem Schlusse, daß Esterhazy der Urheber des Bordereaus sei. Der Schluß der Sitzung erfolgt ohne Zwischenfall.

* **Paris**, 16. Febr. In der Umgebung des Justizpalastes und in dessen Wandelgängen herrscht heute Ruhe. Auch beim Eintreffen Zolas ereignete sich keinerlei Zwischenfall.

Die Sitzung wird um 12¼ Uhr eröffnet. Der Saal ist wieder überfüllt. Der gestern von der Vertheidigung gestellte Antrag, daß ein Richter mit einer abermaligen Vernehmung der Frau Boulancy betreffs des Inhalts der Briefe Esterhazys beauftragt werde, wird vom Gerichtshof abgelehnt.

Die Vertheidiger erklären, auf die Vernehmung der Officiere verzichten zu wollen, welche das Kriegsgericht gebildet haben, das Esterhazy freigesprochen hat; dagegen bestehen die Vertheidiger auf ihrem Verlangen, daß der Kriegsminister vernommen werde. Präsident: Stellen Sie aber entsprechende Anträge! Labori: Das ist nicht der Mühe werth. Präsident: Anträge sind nothwendig, damit der Gerichtshof einen Beschluß fassen kann. Labori: Damit man mich, Labori, den Antragsteller nennen kann, denn auf Ihren Befehl bin ich jetzt Antragsteller durch Ueberredung. (Lachen.) Scheurer-Kestner wünscht auf gewisse Ungenauigkeiten in den Aussagen des Schreibsachverständigen Teyssonnieres hinzuweisen; da letzterer jedoch nicht anwesend ist, werden die Erklärungen Scheurer-Kestners verschoben.

General Pellieux wird wieder aufgerufen.

Er erkennt an, daß das erste Facsimile, das im „Matin" erschienen ist, genauer ist als alle anderen, die in den Blättern oder sonst veröffentlicht worden sind. Der Zeuge erklärt, das Bordereau habe eine Vorder- und eine Rückseite und sei auf feinem Papier geschrieben. Der Zeuge glaubt, es sei unmöglich, daß, als das Bordereau photographirt wurde, die Rückseite nicht auch erschienen sei. Da die Tinte blaß sei, sagt Pellieux, frage es sich, ob es nicht nöthig gewesen sei, der Farbe nachzuhelfen und das Bordereau also zu bearbeiten für die Photographie. Pellieux fügt hinzu, aus den Verhandlungen gehe hervor, daß die Vertheidigung alle vereidigten Sachverständigen, die nach dem Original gearbeitet hätten, nicht beachte und nur zu den Sachverständigen Vertrauen hätte, die sich aus Liebhaberei mit Schriftuntersuchungen beschäftigten, und unter diesen befänden sich ein Zahnarzt und ein Ausländer. „Diese Tactik," fährt Pellieux fort, „wundert mich nicht, denn schon Mathieu Dreyfus hatte dies mir in meinem Bureau angedeutet, nachdem er Esterhazy angeschuldigt hatte. Ich habe ihn damals gefragt, ob er eine zweite Untersuchung des Bordereaus wünsche. Er hat mir aber nicht geantwortet. Immer hat man viel von Handschriften, niemals aber von dem Inhalt des Bordereaus gesprochen. Ich behaupte, Ihnen hier mit den Schriften in der Hand beweisen zu können, daß der Officier, der das Bordereau geschrieben hat, dem Kriegsministerium angehört und Artillerist ist." Labori beantragt, daß Oberst Picquart, der sich bei dem Untersuchungsrichter Bertulus befindet, herbeigerufen wird, damit er diese Aussagen höre. Der Präsident erwidert, Labori habe für den Augenblick nicht das Wort. Labori protestirt und besteht darauf, daß Picquart herbeigerufen werde. General Pellieux analysirt das Bordereau und führt aus, nur ein dem Kriegsministerium angehörender Artillerieofficier habe die in dem Bordereau angeführten Thatsachen kennen und sich der in dem Bordereau vorkommenden Ausdrücke bedienen können. Niemals hätte ein Infanterieofficier das Bordereau schreiben können, da einem solchen Alles, wovon in dem Bordereau die Rede ist, unbekannt sei. Was bleibt also von dem ganzen aufgerichteten Gebäude übrig? Nach meiner Ansicht nicht viel, und doch hat man meine Officiere beschuldigt, einen Schuldigen auf Befehl freigesprochen zu haben. Ich habe ein Soldatenherz, das sich gegen all' die Infamie, die man über uns ausgeschüttet hat, auflehnt. Ich kann diese Infamie nicht mehr ertragen und sage, daß es ein Verbrechen ist, der Armee das Vertrauen, das sie zu ihren Führern hat, zu nehmen, denn wenn die Soldaten kein Vertrauen zu denen haben, was sollen ihre Führer dann am Tage der Gefahr thun, der vielleicht näher ist, als man glaubt. (Sensation.) Dann wird man ihre Söhne zur Schlachtbank führen; aber Zola wird eine neue Schlacht gewonnen haben und seinem Sieg vor einem Europa genießen, von dessen Karte Frankreich gestrichen ist." (Sensation.) Pellieux schließt: „Wir wären glücklicher gewesen, wenn das Kriegsgericht Dreyfus freigesprochen hätte, denn das hätte bewiesen, daß es keinen Verräther in der Armee gab, während wir trauern müssen, daß es einen gegeben hat." Pellieux tritt unter anhaltendem warmen Beifall zurück. Labori verlangt mit dem Gesetzbuch in der Hand das Wort und sagt, daß er auf die Aussage des Zeugen etwas zu erwidern habe. Der Präsident sagt lebhaft: „Sie werden das Wort nicht erhalten. Bringen Sie Anträge ein." Labori: „Das werde ich thun. Vorher habe ich aber noch zu den Geschworenen zu sprechen. Sie haben soeben, sagt Labori zu den Geschworenen, nicht eine Zeugenaussage, sondern ein Plaidoyer, eine wahre Anklagerede gehört. Pellieux hat hier für den Generalstab plaidirt, ohne unterbrochen zu werden. Ein Advokat schreibt mir: Man hindert hier die Advocaten, zu manifestiren, während man Artillerieofficiere in Uniform Beifall klatschen sieht. In der That, fährt Labori fort, wir, die wir angegriffen sind, haben nicht das Recht, uns zu vertheidigen und Beweise zu führen.

Untergang eines Kriegsschiffes.

* **New-York**, 16. Febr. Ein Telegramm aus Havannah meldet: Gestern Abend erfolgte eine schreckliche Explosion an Bord des amerika-

---

Kleines Feuilleton.

** **Eine Proclamation Hammachers aus dem Jahre 1848.** Der jetzige Führer der nationalliberalen Partei, Abgeordneter Dr. Friedrich Hammacher, gehörte im Revolutionsjahre 1848 zu den Demokraten. Er war damals Referendar — im Jahre 1850 mußte er wegen seiner Betheiligung bei der politischen Bewegung des Jahres 1848 den Justizdienst verlassen — und von ihm war eine „Proclamation an das Volk Westfalens" verfaßt, die folgenden Wortlaut hatte:

Die neuesten Nachrichten aus Berlin sagen, daß das hochverrätherische Ministerium Brandenburg trotz der unzweideutigsten Proteste aus allen Provinzen fortfährt, sein Säbel-Regiment auszuüben und die Rechte und Freiheiten unserer Vertreter wie des Volkes auf das Schnödeste zu verletzen.

Berlin ist ohne den geringsten Grund, den man gesetzlich nennen könnte, in den Belagerungszustand erklärt und die Nationalversammlung durch die Gewalt der Bajonette aus dem Sitzungssaale vertrieben.

In anderen Städten befolgen einzelne Behörden das Beispiel ihres Meisters Brandenburg, indem sie das Versammlungsrecht aufheben und die Presse beschränken. Das Militär ist im ganzen Lande zur Niederhaltung des Volkswillens verbreitet.

Mitbürger! Es droht Gewaltstreich auf Gewaltstreich. Bereits sollen die Befehle zur Entwaffnung sämmtlicher Bürgerwehren ergangen sein. Wundert Euch nicht, wenn zu derselben Zeit, wo Ihr diese Proclamation erhaltet, bereits bei Euch der Versuch gemacht wird, Euch Eure Waffen zu nehmen. Seid darum auf Eurer Hut! Leistet den entschiedensten Widerstand einem Jeden, der Euch zumuthet, die Waffen, Euren letzten Schutz gegen die gesetzlose Gewalt, abzugeben.

Bürgerwehrmänner! Ihr seid, da offenbare Verletzungen der vom Volke errungenen und durch königliches Wort garantirten Rechte vorliegen, nach dem Bürgerwehrgesetze verpflichtet, unter die Waffen zu treten. Ein Verräther, der es nicht thut! Sorget vor allen Dingen aber für Munition, für Pulver und Blei! Habt Ihr keine Flinten und könnt Ihr keine bekommen, so schmiedet Euch Stangen und Pieken, bildet starke Wachen, und wenn Ihr seht, daß irgendwo die Regierung auch bei uns die geheiligten Rechte des Volkes zu verletzen wagt, so gebrauchet Eure Waffen. Eilet den Angegriffenen zu Hilfe! Lasset die Geschäfte ruhen! Widmet alle Eure Kräfte dem Vaterlande! Vermeidet aber auch alle Unordnungen! Ueberwachet Euch gegenseitig! Suchet eine Ehre darin, mit eben so großer Ordnung als Entschiedenheit Eure Rechte zu vertheidigen! Dann werden wir bald, sehr bald zu unseren Geschäften zurückkehren und in Ruhe die Segnungen der Freiheit und des Gesetzes genießen können.

Und nun noch ein Wort für Euch, Ihr Soldaten, die das Ministerium Brandenburg jetzt zum Verderben des Volkes mißbrauchen will. Gedenket Eurer Brüder! Gedenket Eurer Väter! Gedenket Eurer Familien! Ihr fühlet es, daß es jetzt ein Unrecht wäre, gegen das Volk zu kämpfen, aus dem Ihr hervorgegangen seid, in das Ihr binnen kurzer Zeit zurückkehren werdet.

Schon haben ehrenwerthe Officiere erklärt, daß sie, weil sie das Verfahren der jetzigen Regierung für ein gesetzloses halten, aus dem Heere austreten. Officiere und Unterofficiere, folget diesem Beispiele! Ihr Gemeinen, erklärt Euren Vorgesetzten, daß Euer Gewissen, Eure Ehre, Euer Rechtsgefühl Euch verbäten, für das ungesetzliche Ministerium, gegen die für ihr gutes Recht streitenden Bürger zu kämpfen! Vereinigt Euch vielmehr mit uns, mit dem Volke, Euren Vätern und Brüdern!

Mitbürger! Wir beschwören Euch! Säumet nicht! Es ist Gefahr im Verzuge!

Münster, den 15. November 1848.

Die von über 3000 Einwohnern besuchte Volksversammlung in der Knapp'schen Reitbahn.

Wie doch die Zeiten und — Friedrich Hammacher in dem halben Jahrhundert sich verändert haben!

** **Eine Erklärung für den „milden" Winter Central-Europas** findet Prof. Aßmann in einem Aufsatz **„Der bisherige milde Winter des Jahres 1897—1898"** in der Monatsschrift **„Das Wetter"** darin, **das Rußland in Folge außerordentlich geringer Schneedecke selbst viel wärmer war als gewöhnlich und daß deshalb die häufig herrschenden südöstlichen und östlichen Winde, auch wenn sie, in bekannter Weise abgelenkt, als Süd- und Südwestwinde auftraten, verhältnißmäßig warm und außerordentlich trocken in Deutschland und Oesterreich angekommen sind. Bekanntlich hat man nach dem Vorgange von O. Pettersson in Stockholm versucht, die Temperaturverhältnisse Nordeuropas in Beziehung zu bringen zu den vom Golfstrome der nordischen Küsten zugeführten Wärmemengen. Die hieran geknüpften vorsichtigen Vermuthungen haben sich im allgemeinen für den vorjährigen Winter nicht bewahrheitet; ob für den jetzigen die Voraussetzungen günstiger liegen, ist noch nicht bekannt geworden. Sollte man aber wirklich eine deutliche Beziehung zwischen diesen beiden Factoren aufdecken, so würde die weitere Frage entstehen, welches die Gründe für die Schwankungen der Golfstrom-Temperaturen sind.** In der Meteorologischen Gesellschaft in Berlin sprach jüngst Prof. Hellmann über den diesjährigen milden Winter. In den 176 Jahren, aus denen wir für Berlin genaue meteorologische Beobachtungen haben, sind nur 41 gewesen, in denen ein milder Winter festgestellt ist. Diese milden Winter treten stets in bestimmter Perioden auf. Es vergehen meist 10—14 Jahre, bis wieder eine Gruppe von milden Wintern, gewöhnlich zwei oder drei umfassend, eintritt, nur zweimal findet man in dem ganzen Zeitraum einen alleinstehenden milden Winter. Da jetzt jetzt seit 1882—1894 also zum ersten Male seit 14 Jahren ein milder Winter stattfindet, ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß dem gegenwärtigen noch ein oder mehrere milde Winter folgen werden. Der typische Charakter der milden Winter ist der, daß sie gewöhnlich schon vor Anfang December auftreten und von sehr langer Dauer sind. In 80 pCt. aller Fälle war außer dem December und Januar auch noch der Februar zu warm, so daß man mit einiger Sicherheit annehmen kann, daß dies auch in diesem Jahre der Fall sein wird, und daß ein energischer Nachwinter nicht mehr zu erwarten ist. Untersucht man, wie nach milden Wintern der darauf folgende Sommer verläuft, so muß man von den milden Wintern die sehr milden Winter, das sind solche, bei denen die Summe der Abweichung der Mitteltemperaturen im December und Januar zusammen mehr als 5 Grad beträgt, abscheiden. Die übrig bleibenden mäßig milden Winter können ebenso gut kalte wie warme Sommer haben, wobei allerdings die warmen etwas überwiegen. Bei den sehr milden Wintern, zu denen der gegenwärtige mit einer Anomalie von 5.4 Grad gehört, folgt gewöhnlich ein warmer Sommer; doch kann man dieses Jahr wegen des ganz besonderen Charakters des milden Winters zweifelhaft sein, ob diese Annahme zutreffen wird. — Aus Kairo wird gemeldet: Der diesjährige Winter hat uns solche Kälte gebracht, daß sich die berühmten „ältesten Leute" nicht erinnern können, in Egypten je ähnlich niedrige Temperatur erlebt zu haben. Im Fayum ist in diesem Jahre das unerhörte Ereigniß eines tüchtigen Schneefalles eingetreten, im Delta hat es mehrfach Eis gegeben, und in dem bekannten Kurort Heluan ist sogar eines Morgens (30. Dec.) eine Temperatur von — 3 Grad beobachtet worden. Diese ungewöhnliche Kälte ist natürlich nicht ohne Einfluß auf das pflanzliche Leben geblieben, so sind in Ober-Egypten Kartoffel- und Bananenblätter schwarz gefroren.

Literarisches.

Biographien katholischer Dichter der Gegenwart. Erstes Bändchen: Dr. F. W. Helle von L. v. Hoemstede. Verlag von Cordier, Heiligenstadt (Eichsfeld). Preis 30 Pfg. Der bekannte Herausgeber der „Dichterstimmen der Gegenwart" macht sich hier an die Ausgabe eines Werkes, dessen Mangel sich schon längst fühlbar gemacht hat. Viele Litteraturgeschichten hören da auf, wo unsere jetzige Zeit der neueren Dichtung anfängt; besonders katholische Autoren werden gerne totgeschwiegen. Deshalb ist es doppelt unsere Aufgabe, dem katholischen Volke seine Dichter näher zu bringen; in dieser Hinsicht begrüßen wir das Unternehmen. Dem rühmlichst bekannten Sänger des „Jesus Messias" ist das erste Werkchen gewidmet; wir wünschen dem zeitgemäßen Unternehmen die größte Verbreitung.

nischen Kreuzers „Maine.“ Viele Personen wurden getödtet oder verwundet. Die Ursache des Unglücks ist nicht bekannt. Der Kreuzer gerieth in Brand und ging unter. Boote des spanischen Kreuzers „Alfonso der Zwölfte“ leisteten Hülfe. Eine weitere Meldung besagt: Der Kreuzer „Maine“ gerieth in Folge der Explosion in Brand und ging unter. 200 Personen von der Mannschaft werden vermißt. Einige Schwimmende wurden gerettet. Sechs Verletzte von der Mannschaft und einen Offizier ließ der General-Gouverneur Blanco in das Militärlazareth bringen. Der Capitän Figsbee blieb unverletzt. (Die „Maine“ war ein sehr stattliches Schiff, ein Panzerkreuzer neuern Typs, wie sie seit dem Anfang dieses Jahrzehnts in der amerikanischen Marine gebaut werden; sie tragen meist den Namen eines Staates der Union. Erst vor sechs Jahren war das Schiff vom Stapel gelaufen; es war ein sehr stark bewaffnetes Fahrzeug von 6682 Tonnen, also größer wie unsere neuen Kreuzer 2. Klasse „Hertha“, „Victoria“, „Luise“ und „Vineta“. Die Kosten hatten über 10 Millionen Mark betragen.)

Wir lassen noch nachstehende Meldungen über das Unglück folgen:

* **Washington**, 16. Febr. Der Staatssecretär des Marinedepartements empfing ein Telegramm des Capitäns der „Maine“, welches besagt: „Die „Maine“ ist im Hafen von Havannah um 9 Uhr 40 Minuten aufgeflogen und ist zerstört. Es sind viele Mann verwundet und die Zahl der durch die Explosion Getödteten und der Ertrunkenen ist ohne Zweifel noch beträchtlicher. Die Verwundeten und die übrigen Geretteten befinden sich an Bord eines spanischen Kriegsschiffes und eines amerikanischen Dampfers. Die öffentliche Meinung muß ihr Urtheil aussetzen und weiteren Bericht abwarten. Es wird angenommen, daß sämmtliche Officiere der „Maine“ gerettet sind, obgleich noch zwei derselben fehlen. Mehrere spanische Officiere und Vertreter des Generalgouverneurs Blanco sind bei mir, um mir ihre Theilnahme auszusprechen.

* **Havannah**, 16. Febr. Der Verlust an Menschenleben beim Untergang der „Maine“ ist noch nicht genau ermittelt. Es dürften über 100 Mann von der Besatzung todt oder verwundet sein. Um 11½ Uhr Abends brannte die „Maine“ noch. Capitän Sigsbee sagt aus, die Explosion habe im Bug stattgefunden; er wurde am Kopf leicht verletzt; er befahl den andern Officieren, sich zu retten, so gut wie sie könnten. Der spanische Admiral Manterola beorderte eine Anzahl Boote zur Hilfe. General Blanco beauftragte die andern Generale, die Hilfeleistung einzuleiten; Feuerwehrleute standen den ans Ufer geschafften Verwundeten bei.

* **Madrid**, 16. Febr. Die Explosion erfolgte um 2 Uhr Morgens, als Alles an Bord fest schlief. Die Maschine zersprang in hundert Stücke. Das Schiff brach an mehreren Punkten entzwei. Einzelne Theile fingen Feuer und das ganze Schiff sank innerhalb fünf Minuten. Die Rettungsboote konnten nicht mehr flott gemacht werden. Der Capitän und 12 Offiziere retteten sich durch Schwimmen. Fast alle Marinesoldaten wurden durch die Explosion getödtet und ertranken, außer etwa 50, die Nachturlaub hatten und noch nicht an Bord des Schiffes zurückgekehrt waren. Die Explosion wurde meilenweit gehört. Tausende von Menschen strömten trotz der Nachtstunde zum Hafen. In der ganzen Stadt herrschte furchtbare Aufregung. Die Königin und Sagasta sandten heute Beileidsdepeschen nach Washington.

> **Washington**, 17. Febr. (Telegramm.) Das Telegramm von dem Untergange des Kreuzers „Maine“ hat im Marine-Departement ungeheure Aufregung hervorgerufen. Man ist der Ansicht, daß die Explosion im Magazin erfolgt sei. Ein weiteres Telegramm meldet, daß bei der durch einen Torpedo verursachten Explosion 236 Mann und 2 Officiere umkamen.

Sociales.

* Erstaunliches in katholischer Arbeiterorganisation hat Pfarrer Cetty von St. Joseph in Mühlhausen im Elsaß erreicht. Er hat eine Fabrikarbeiterpfarrei von 16,000 bis 18,000 Seelen. Es ist ihm gelungen, alle diese Pfarrkinder zu organisiren in Bruderschaften von jungen Männern, von Mädchen, christlichen Müttern und von erwachsenen Arbeitern. Alle diese Bruderschaften haben Monats-Versammlungen mit Ansprachen, vierteljährige Communion und einmal im Jahre geistliche Uebungen. Alle die Bruderschaften haben eine Hilfsgilde, deren Mitglieder die Alten unterstützen, die Betrübten trösten und Kranken heimsuchen. Diese Bruderschaften haben ferner zwei Haushaltungs-Abendschulen gegründet, welche von Arbeiterinnen dreimal in der Woche von 7 bis ½9 Uhr gratis gehalten werden und gut besucht sind. In einem riesigen Gebäude, genannt das Gildhaus, bekommen Arbeiterinnen Wohnung und Verpflegung für 1 Frank oder 80 Pfg. pro Tag. Hier lernen sie kochen und, da alle Woche die Sparkasse aufgelegt ist, auch sparen. Diese Arbeiter haben Musikkapellen und Gesangvereine, eine eigene Zeitung über sociale Gegenstände, welche sehr gut gedeiht. Katholische Blätter werden viel gelesen und deren Lectüre gefordert. Broschüren und Flugblätter reichlich vertheilt. Eine Genossenschaftsbäckerei liefert ausgezeichnetes Brod, und eine ähnliche Gesellschaft versorgt die Arbeiter mit gutem und billigem Wein, den sie zu Hause und nicht im Wirthshause trinken. Krankenkasse und Versicherung zusammen verschaffen ihren für Krankheitsfälle täglich eine Summe, die ihrem täglichen Arbeitsverdienste fast gleichkommt. Arbeitsnachweisbureaus verschaffen den Unbeschäftigten Arbeit. Die Arbeiter werden in den schwierigen Arbeitergesetzen unterwiesen — und wenn Processe vorkommen, erhalten sie unentgeltlichen Rechtsbeistand. Eine der wohlthätigsten Einrichtungen ist eine Darlehens- und Sparbank, welche den Zweck hat, die Arbeiter nach und nach zu Eigenthümern ihrer Häuser zu machen. — Dieses großartige Organisationswerk ist ein herrliches Beispiel von katholisch-socialem Wirken.

△ Großes Grubenunglück auf Zeche „Carolinenglück“ bei Hamme.

Bochum, 17. Febr. Heute Morgen 6¾ Uhr, kurz nach Schichtwechsel, ereignete sich auf Zeche „Carolinenglück“, 20 Minuten von Bochum, ein Grubenunglück in Folge schlagender Wetter, das wohl zu den schlimmsten gehört, die jemals im Rheinisch-Westfälischen Kohlenbezirk vorgekommen sind.

Soweit sich bis jetzt die Folgen der furchtbaren Katastrophe übersehen lassen, wird die Zahl der Todten wohl 70 bis 80 betragen. Um 4½ Uhr Nachmittags waren 58 Todte zu Tage gefördert, mehrere waren außerdem unten am Schacht geborgen, vermißt werden wenigstens noch 20 bis 30. Als sicher anzunehmen ist, daß die letzteren todt sind, da, abgesehen von den Rettungsmannschaften, nur Todte gefunden und herausbefördert wurden. Die Verunglückten wohnen größtentheils in Hamme, doch sind auch Bochumer Familien betroffen. Todt sind die Steiger Adami und Reuter, Schießmeister Eimer, Hauer Bohnekamp (Vater und 2 Söhne), Gebrüder Leiterholt. Genaues hinsichtlich der Namen der Todten, Verletzten und Vermißten läßt sich noch nicht angeben. Die Rettungsarbeiten leitete Obersteiger Koch, trotz der giftigen Nachschwaden und der Verwüstungen in der dunklen Tiefe wurde vorgedrungen.

Wie uns mitgetheilt wird, wurde mit Heldenmuth gearbeitet, Steiger und Bergleute scheuten die Todesgefahr nicht. Von den benachbarten Zechen kamen Rettungsmannschaften. Oberbergrath Sobbe, Landrath Spude, Amtmann Höltje, Staatsanwalt Gerhardt waren auf der Unglücksstätte. Aerztliche Hülfe war schnellstens zur Stelle, unter Leitung der Herren Dr. Löbker und Dr. Tenholt wurden die Verletzten nach dem „Bergmannsheil gebracht. Geistliche beider Confessionen umgaben die Unglücklichen, außer den katholischen Geistlichen von Hamme, Propst Harbort und Vicar Klein, Bochum.

Zum Transport der Verwundeten waren zahlreiche Fuhrwerke da. Am Nachmittage wurden auch in die Stadtkrankenhäuser Verletzte gebracht. Herzzerreißende Scenen spielten sich auf der Unglücksstätte ab. Die Angehörigen der noch Vermißten harrten in banger Sorge auf das Schicksal ihrer Lieben.

Im Anschluß hieran geben wir eine Statistik wieder über die größeren Gruben-Unfälle der letzten Jahre:

	Zeche	Todte	Verletzte
1881			
23. Decbr.	„Harbenberg“	24	—
1882			
10. Mai	„Neu-Iserlohn“	—	71
	„Pluto“	65	12
1883			
16. Februar	„Borussia“	6	—
2. Juni	„ver. Präsident“ (Schacht I)	9	1
13. Septbr.	„General Blumenthal“	6	3
19. Septbr.	„Massener Tiefbau“	16	1
1884			
21. Januar	„General Blumenthal“	17	7
18. August	„Shamrock“	8	—
3. Novbr.	„Victor“	12	4
3. Decbr.	„Mont Cenis“	1	7
1885			
4. Novbr.	„Oberhausen“ (Osterfeld)	12	3
1886			
13. Januar	„Neu-Iserlohn (Schacht II)	5	2
22. Juli	„König Ludwig“	8	1
31. Juli	„Karoline“ bei Harpen	1	5
24. Septbr.	„Konsolidation II“	56	8
1887			
10. März	„Heinrich Gustav“	1	5
8. Juni	„Hibernia“	52	4
14. Novbr.	„Gneisenau“	15	4
1889			
	„Konstantin“	14	—
	„Erin“	12	—
1891			
2. Januar	„Amalia“	7	4
23. Januar	„Hibernia“	57	22
12. Novbr.	„König Ludwig“	11	2
1892			
5. Januar	„Monopol“	4	5
8. Januar	„König Wilhelm“	10	3
23. Mai	„Wiendahlsbank“	—	9
8. Februar	„Bruchstraße“	—	17
17. October	„Concordia I“	1	10
28. Decbr.	„Heinrich Gustav“	1	12
1893			
27. März	„General Blumenthal“	19	5
18. August	„König Wilhelm“	8	7
19. August	„Kaiserstuhl“	61	12
1895			
25. Juli	„Prinz von Preußen“	32	10
14. August	Schacht „Recklinghausen“ II	3	10
1896			
19. Novbr.	„General Blumenthal“	28	5
1897			
22. Decbr.	„Kaiserstuhl“	19	7

Locales und Provinzielles.

* **Witten**, 18. Febr. Während im vergangenen Herbst und Anfangs Winter die Kohlenindustrie im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier wie wohl selten zuvor florirte, scheint in dem Kohlenabsatz seit Kurzem eine Stockung eingetreten zu sein, denn es mußten theilweise bereits Feierschichten eingelegt werden. Von Zechen, die über mangelhaften Absatz selten zu klagen haben, hört man jetzt, daß sie ebenfalls mit dem Plane umgehen, ihre Belegschaften zeitweise feiern zu lassen. Auch hört man von Arbeiter-Entlassungen und Lohnreductionen. Die Verwaltung der Zeche „Siebenplaneten“ soll ihren Arbeitern bereits eine Lohnkürzung angekündigt haben. Man darf nun wohl erwarten, daß es im Allgemeinen nicht dazu kommen wird; denn wenn auch wirklich eine jedenfalls bald vorübergehende kleine Flaue eingetreten sein sollte, dann liegt doch keineswegs ein Grund vor, nun die Löhne ohne Weiteres zu reduciren; dann müßte man ja auch sofort mit Lohnerhöhungen bei der Hand sein, sobald sich die Verhältnisse nur in etwa gebessert haben. Letzteres ist aber selten der Fall.

*— In Folge des anhaltenden Regenwetters ist hier die Ruhr stark gestiegen und theilweise aus ihrem Bette getreten. Die angrenzenden Weiden stehen zum großen Theil unter Wasser.

*— Dem Rechenschaftsbericht der Sterbekasse der hiesigen allgemeinen Handwerker-Innung, erstattet in der jüngsten Versammlung, entnehmen wir folgendes: Die Einnahme pro 1897 betrug 736,88 Mk., der eine Ausgabe von 533,94 Mk. gegenübersteht. Das Gesammtvermögen am Schlusse des Jahres bezifferte sich auf 1374,72 Mk. Bei der Vorstandswahl wurden die ausscheidenden Mitglieder einstimmig wiedergewählt.

*— Wie aus dem Inseratentheil ersichtlich, veranstaltet der kath. Gesellenverein am Fastnachtssonntag im Gesellenhause eine Fastnachtsfeier. Allen Freunden urwüchsigen Humors bietet sich dort Gelegenheit, recht vergnügte Stunden zu verleben.

*— Außer den Vereinen, die wir bereits erwähnten, veranstaltet auch der Männergesangverein „Sängerhain“ am nächsten Sonntag im Hotel Voß einen Preis-Maskenball. Die prachtvollen Preise sind im Schaufenster des Herrn C. Becker am Markt ausgestellt.

*— Trotz der sehr ungünstigen Witterung hatte sich am Mittwoch Abend im Restaurant „Zu den Hohenzollern“ ein zahlreiches Auditorium eingefunden, um den Vorführungen der lebenden Riesenphotographien (Kinematograph) beizuwohnen. Alle waren über die wunderbare Erfindung auf das Höchste erstaunt und verließen vollauf befriedigt über das Gebotene das Local. Heute Abend und am Sonntag finden wieder Vorstellungen statt.

* **Annen**, 16. Febr. Auf dem hiesigen Gußstahlwerk waren die Arbeiter Cichi und Walk miteinander in Streit gerathen. Ein Bruder des Ersteren, der zugegen war, gerieth darüber so sehr in Wuth, daß er einen Hammer ergriff und dem Walk einen so wuchtigen Schlag auf den Kopf gab, so daß dieser zusammenbrach. Der sofort hinzugezogene Arzt, Herr Dr. Küster, constatirte einen Schädelbruch, worauf der Schwerverletzte zum Marienhospital zu Witten transportirt wurde. Dort gab Walk heute Morgen seinen Geist auf. Der Thäter wurde verhaftet. Den Tod des Erschlagenen beweinen eine Frau und 7 unmündige Kinder.

* **Dortmund**, 16. Febr. Die am Sonntag am Fredenbaum stattgefundene Feier des diamantenen Priesterjubiläums des hl. Vaters hat wieder den Beweis geliefert, daß die Dortmunder Katholiken da sind, wenn es gilt, dem Stellvertreter Christi ihre Liebe und Anhänglichkeit zu bekunden. Die Zahl der Festtheilnehmer wurde auf 4—5000 Personen geschätzt. Die Festrede hielt Professor Wildermann aus Recklinghausen. Die Chöre leisteten unter Leitung des Herrn Holtschneider, wie die „Tremonia“ hervorhebt, geradezu hervorragendes. — Von den in der Nacht zum Sonntag entwichenen 4 Gefangenen ist der Brandstifter Stationsassistent Orphal gestern Abend wieder zurückgekehrt, da er von der Ergebnißlosigkeit seiner Flucht überzeugt war. Er war auf seiner Flucht nur bis Essen gekommen. Die übrigen drei Ausgebrochenen sind über die Grenze nach Belgien gekommen.

♣ **Langendreer**, 17. Febr. Auf dem hiesigen rheinischen Bahnhofe (Nord) wurde der pensionirte Rottenführer Drewermann von einem Rangirzuge derart überfahren, daß der Tod nach einigen Minuten eintrat.

✣ **Bochum**, 17. Febr. Der preußische Handelsminister hat im Interesse der Fortbildungsschulen angeregt, die Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschule überall bis zum vollendeten 18. Lebensjahre auszudehnen. Die Magistrate sind aufgefordert worden, sofort einen entsprechenden Beschluß der städtischen Körperschaften herbeizuführen und den beschlossenen Nachtrag zum Ortsstatut der Genehmigung des Bezirks-Ausschusses zu unterbreiten.

⚲ **Herne**, 17. Febr. Besitzwechsel. Die Lueg'sche Besitzung, Bahnhofstraße 78, ist durch Kauf in den Besitz des Herrn Kaufmanns H. Pottbrock zum Preise von 85,000 M. übergegangen.

* **Castrop**, 16. Febr. Die diesjährige Versammlung des Westfälischen Provinzialvereins des Katholischen Lehrerverbandes, die Ostern in Castrop stattfinden sollte, ist durch Beschluß des Vorstandes im Einverständniß mit dem Verbandsvorsitzenden auf Pfingsten verlegt worden.

* **Gelsenkirchen**, 14. Febr. Ein in der hiesigen Gegend wohnhafter Bergmann erlitt im Sommer 1895 bei der Arbeit einen Knöchelbruch und wurde zu seiner Heilung in das Krankenhaus „Bergmannsheil“ gebracht, wo er sich bald darauf erhängte. Die Wittwe verlangte nunmehr eine Rente und begründete ihren Anspruch damit, daß der Kranke in Folge der heftigen Schmerzen in augenblicklicher Geistesstörung Hand an sein Leben gelegt habe. Dem gegenüber erklärten die Sachverständigen, der Kranke habe seine Beschwerden und Schmerzen erheblich übertrieben, auch habe man eine seelische Alteration bei ihm nicht bemerkt; nur etwas verstimmt sei er in der letzten Zeit gewesen. Die Berufsgenossenschaft lehnte es deshalb ab, der Wittwe die verlangte Rente zuzuerkennen, und das Schiedsgericht und in letzter Instanz das Reichsgericht traten der Auffassung der Berufsgenossenschaft bei, da nicht anzunehmen sei, daß der Unfall bei dem Verletzten eine geistige Störung hervorgerufen, unter deren Einfluß er den Selbstmord begangen habe. Auch von einer Mißhandlung des Verletzten im Krankenhause könne keine Rede sein. Der Selbstmord sei auf einen Mangel an moralischen Eigenschaften zurückzuführen. Tod in Folge eines Betriebsunfalles läge nur dann vor, wenn der Selbstmord im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit erfolgt und letztere auf den Betriebsunfall zurückzuführen wäre.

* **Recklinghausen**, 15. Febr. Die „Reckl. Ztg.“ schreibt: Eine Gemeinheit, wie sie bodenloser nicht zu denken ist, haben sich in vergangener Nacht jeder menschlichen Regung baare Buben zu Schulden kommen lassen. Mit Entrüstung wird Jeder die Kunde aufnehmen, daß das Kreuz an der Wesmerlinde abermals, zum dritten Male in verhältnißmäßig kurzer Zeit, total zerstört worden ist. Während fromme Gläubige noch bemüht sind, die nach der letzten Zerstörung entstandenen Wiederherstellungskosten aufzubringen, lassen Schandbuben auf's Neue ihre Gott und Mensch gleich wenig achtenden thierischen Gefühle an dem unschuldigen Christus-Corpus des Kreuzes aus. Derselbe ist allem Anscheine nach mit Gewalt von dem Kreuzstamme gerissen worden und dabei mitten auf der Brust geborsten; Kopf und Brust sind noch an dem Kreuze fest. Gottes Finger wird die Buben zu treffen wissen, möchte aber auch die irdische Gerechtigkeit die Frevler hart bestrafen.

* **Dortmund**, 14. Febr. Reichstagsabgeordneter Dr. Lütgenau ist gestern Abend kurz nach 7 Uhr aus der Strafanstalt in Herford, wo er eine dreimonatliche Gefängnißstrafe wegen Majestätsbeleidigung verbüßte, nach hier zurückgekehrt. Die „Genossen“ hatten sich zu mehreren Hunderten am Bahnhofe versammelt, um den Zurückkehrenden zu empfangen. Vereinzelte Rufe „Hoch Lütgenau“ wurden laut. Dann zog man in das Local „Zum goldenen Löwen“, wo gegen die Flottenvorlage demonstrirt wurde.

* **Dorsten**, 14. Febr. Als heute früh der erste Zug von Schermbach abfuhr, sprang noch in letzter Minute der Schneider E. aus Schermbach in den Zug, glücklich darüber, noch mitgekommen zu sein. Er setzte sich auf die Bank, der Kopf sank ihm auf die Brust, und die Mitreisenden, die anfangs glaubten, er sei eingeschlafen, mußten zu ihrem Schrecken bald erfahren, daß E., vom Schlage getroffen, verschieden war. Der Verstorbene war verheirathet und hinterläßt Frau und Kinder.

* **Heeßen**, (b. Hamm), 16. Febr. Sein 25jähriges Pfarrjubiläum feiert der Herr Pfarrer Evelt, Landdechant des Dekanates Ahlen, am Donnerstag, den 17. Februar. Geboren am 26. Juli 1831, ist er im 67. Lebensjahre und im 44. seiner priesterlichen Thätigkeit. Die Gemeinde Heeßen sowohl, wie die kürzlich abgetrennte frühere Filialgemeinde Nordenfeldmark werden den Ehrentag des verehrten Herrn festlich begehen.

♯ **Iserlohn**, 15. Febr. Ein trauriges Familienbild, lediglich auf die Herrschaft des Schnapses zurückzuführen, entrollte die letzte Hagener Schwurgerichtsverhandlung. Der Schuhmacher L. Sander aus Iserlohn war mit seiner Frau 42 Jahre verheirathet. Die beiden Leute vertrugen sich ganz gut, nur wenn sie geschnapst hatten, (auch die Frau, aus Ostpreußen kommend, huldigte dem edlen Getränke) begann der Streit. Ende Januar d. J. warf die Frau dem Manne einen Teller an den Kopf und der Mann schlug die Frau mit einem Kaffeekessel derartig auf den Kopf, daß ein Schädelbruch die Folge war und die Frau bald verstarb. Nun muß der Mann, der 62 Jahre alt und bislang unbestraft ist, vom Schwurgericht verurtheilt, 2½ Jahre im Gefängniß zubringen.

* **Elberfeld**, 16. Febr. In der Nacht zum 30. August vorigen Jahres ereignete sich auf der Strecke Steele-Elberfeld, kurz vor der Einfahrt in Bahnhof Vohwinkel, ein schweres Eisenbahnunglück, bei welchem drei Personen zu Tode kamen und eine große Reihe Personen verletzt wurden. Dies Unglück fahrlässiger Weise verschuldet und dadurch den Tod dreier Menschen herbeigeführt zu haben, steht heute der Stationsassistent Otto Zimmeck in Vohwinkel vor der Strafkammer. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten (einschließlich der Vertheidigung) der Staatskasse auferlegt. Die Verkündigung des Urtheils wurde mit lauten Bravorufen begleitet.

* **Duisburg**, 16. Febr. Ein erschütterndes Bild trostlosen, durch den Trunk zerrütteten Familienlebens bot die Schwurgerichts-Verhandlung gegen die Ehefrau des Bergmanns Heinrich Herkendell. Die 33jährige Angeklagte faßte, um den fortgesetzten Mißhandlungen ihres dem Trunke ergebenen Mannes zu entgehen, den verzweifelten Entschluß, sich und ihr acht Tage altes Kind zu tödten. Mit einem Küchenmesser schnitt sie dem Kinde den Hals durch und brachte sich selbst mehrere schwere Verletzungen bei. Das Kind starb, die Mutter genas. Die Geschworenen schlossen sich der Ansicht des Kreisphysikus an, daß die Angeklagte die That in einem die Willensfreiheit ausschließenden Zustande begangen habe und erkannten auf nichtschuldig. Die Angeklagte wurde in Folge dessen freigesprochen .— Wegen Meineids wurden heute der Pferdehändler Hermann Faber zu 2½ Jahren Zuchthaus, der Handelsmann Benjamin Behr zu 3½ Jahren Zuchthaus verurtheilt. Die Verurtheilten, beide aus Rees, hatten in einer Schadenersatzklage, gegen eine Belohnung von 100 Mk. als Zeugen einen Meineid geschworen.

* **Köln**, 15. Febr. In der seit Montag andauernden Schwurgerichts-Verhandlung gegen drei Straßenräuber, die im October und November v. J. in den Vororten mehrere Raubanfälle verübt und ihre Opfer durch Messerstiche und Revolverschüsse schwer verletzten, wurde heute Nachmittag das Urtheil gesprochen. Die Geschworenen erkannten die Angeklagten in allen Punkten des Mordversuchs, des Straßenraubs und der schweren Körperverletzung für schuldig. Der Staatsanwalt beantragte hierauf gegen zwei Angeklagte 36 und gegen einen 28 Jahre 8 Monate Zuchthaus. Das Gericht verurtheilte die Straßenräuber zum höchsten Strafmaß von 15 Jahren Zuchthaus, Aberkennung der Ehrenrechte auf 10 Jahre und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Vorsitzende des Gerichtshofs betonte, daß das Gericht seit Jahren keine so verwegene Verbrecherbande abgeurtheilt habe. — Die Kriminalpolizei spürte eine große Einbrecher-Bande auf, die in den letzten Monaten in den verschiedensten Städten größere Einbruchdiebstähle verübte. Elf Personen wurden bereits inhaftirt. Der Haupteinbrecher, ein 18jähriger Bursche, kam in Geestemünde in Haft. Im Keller seiner Wohnung wurden Banknoten und Diamanten gefunden, welche Gegenstände aus einem großen Diebstahle hier in Köln herrühren.

* **Köln**, 15. Febr. In der Sitzung des Fest-Comitees der am Zuge theilnehmenden Vereine wurde die Ordnung des Rosenmontagszuges endgültig wie folgt festgesetzt: der Zug wird eine historisch-humoristische Darstellung der Jubiläumsjahre vom Jahre 1823 bis 1898 sein und etwa 20 Wagen, 20 Reitergruppen, 16 Fußgruppen und eine Reihe einzelner Figuren bringen. 15 Musikcorps werden ihn begleiten.

* **Leoben**, 16. Febr. Ein von St. Michael kommender Personenzug der Staatsbahn fuhr heute früh auf der hiesigen Station infolge falscher Weichenstellung auf einen Güterzug. Beide Maschinen, sowie mehrere Wagen, wurden beschädigt, ein Schaffner getödtet, ein Bahnbediensteter schwer und ein anderer, sowie eine Dame leicht verletzt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

✓ **Breslau**, 17. Febr. (Telegramm.) Im Riesengebirge sind zahlreiche Schnee- und Regenfälle niedergegangen. Die Flüsse beginnen von neuem zu steigen. Ueberschwemmungen werden befürchtet. Maßregeln zum Schutze der niedergelegenen Ortschaften sind getroffen.

* **Paris**, 16. Febr. Die bisher Dreyfus feindliche Zeitung „Journal“ stellt fest, es sei eine günstige Wendung des Processes für Zola eingetreten; dieser habe bereits die Revision des Dreyfus-Processes erreicht, denn was gegenwärtig im Gerichtssaale vorgehe, sei nicht mehr der Zola-Proceß, sondern bereits die Revision des Dreyfus-Processes.

= **Paris**, 17. Febr. (Telegramm.) Zolaproceß. Nach einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen dem Vertheidiger Labori und dem Zeugen Trarieux einerseits und dem Zeugen Tyssonniers andererseits wird General Pellieux nochmals aufgerufen. Der Zeuge Paul Meyer verlangt von ihm Aufklärung über die Thatsache, daß im Jahre 1896, als noch Niemand von Esterhazy sprach, der Zeuge dessen Schrift geprüft und entdeckt habe, daß sie mit der des Bordereaus identisch war. General Pellieux weiß hierauf nicht zu antworten. Nach einer weiteren Auseinandersetzung zwischen Meyer, Labori und Pellieux sowie des Schriftkundigen Conrad wird die Sitzung geschlossen.

‡ **Marseille**, 17. Febr. (Telegramm.) Der Dampfer „Flathart“ auf dem Wege von Marseille nach Kulon (Ceylon?) ist gestern Morgen 1 Uhr bei Anaga-Cap gänzlich verloren gegangen. Der Capitän, der erste Offizier und 11 Schiffsleute sind gerettet, 49 Passagiere und 38 Schiffsleute ertrunken.

+ **Havannah**, 17. Febr. Eine Anzahl der nach dem Lazareth gebrachten schwerverwundeten Mannschaften des Kreuzers „Maine“ ist bereits gestorben. Wie verlautet, haben mehrere Officiere schwere Verletzungen davongetragen. Der Kreuzer, der tief im Wasser liegt, gilt für völlig verloren.

Nach Schluß der Redaktion eingegangene Mittheilungen.

Telegramm.

Witten, 18. Febr. (Zum Gruben-Unglück auf der Zeche Carolinenglück.) Wie wir gestern bereits per Extra-Blatt meldeten, ist die Zahl der Todten eine erschrecklich große. Bis heute Morgen 9 Uhr wurden festgestellt über 70 Todte und über 40 theils sehr schwer, theils leicht Verletzter. In der Grube sollen sich noch 6 Bergleute befinden, doch wird von anderer Seite angenommen, daß die Zahl eine größere ist. Die Verletzten sind zur Pflege in den Krankenhäusern zu Bochum und im „Bergmannsheil" untergebracht. Eine größere Anzahl der Schwerverletzten befindet sich in Lebensgefahr.

Soeben meldet uns der Telegraph, daß bis kurz nach 9 Uhr 76 Todte gezählt wurden. Es steht aber schon ziemlich fest, daß noch 26 weitere Todte hinzukommen.

**— Der Plan, hierselbst den 9 Uhr-Ladenschluß einzuführen, darf nach der gestern Abend gemachten Erfahrung als gelungen betrachtet werden. Nur einige wenige Geschäfts-Inhaber hielten an der bisherigen unverkürzten Verkaufszeit fest, indem sie ihre Verkaufsläden um 9 Uhr nicht schlossen. Aber auch diese werden zweifelsohne von diesem konservativen Standpunkte abweichen, nachdem sie gestern Abend gesehen, daß es den Gewerbetreibenden unserer Stadt mit dem 9 Uhr-Ladenschluß wirklicher Ernst ist.

Vergebung von Bauarbeiten und Material ꝛc.

Zum Ringofenbau in Wullen haben wir zu vergeben:

Lieferung von 600 cbm Bruchsteinen
„ „ 350000 Ziegelsteinen I. u. II. Sorte } frei
„ „ Asche und Sand } Baustelle.
„ „ 90 cbm Tannenholz ꝛc.

Verzimmerung des Ringofendaches ca. 5500 lfd. Meter.
Abfuhr von ca. 50 Dwg. Materialien.

Mit den Arbeiten wird baldigst begonnen und sehen wir gefl. Offerten entgegen.

Schmidt & Adolph, Spezial-Baugeschäft,
Dortmund, Fernsprecher Nr. 556.

Bekanntmachung.

Die Firma **Dittmann & Neuhaus** zu Witten beabsichtigt, in der Gemeinde Ostherbede ein **Anschlußgeleise** an den Bahnhof Herbede herzustellen.

Auf Grund der §§ 17 und 47 des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 bringe ich im Auftrage des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Arnsberg dieses Vorhaben hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit dem Bemerken, daß der Plan vom 15. d. Mts. ab während 14 Tagen bei dem Gemeindevorsteher zu Ostherbede zu Jedermanns Einsicht offen liegt und das während dieser Zeit jeder Betheiligte im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben kann. Die Einwendungen sind in dem Bureau des königlichen Landrathsamtes schriftlich oder mündlich zu Protokoll anzubringen.

Hattingen, den 8. Februar 1898.

Der königliche Landrath: gez. Florschütz.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Herbede, den 12. Februar 1898.

Der Ehren-Amtman: Meesmann.

Wollen Sie Geld sparen!

und trotzdem eine gute Cigarre rauchen?

Machen Sie einen Versuch mit meinen durch das Kaiserliche Patentamt gesetzlich geschützten **Cigarillos**, welche 11 Ctm. lang, mit feinen Sumatra gedeckt, mit einem Mundstück mit **Nicotinsammler** versehen und daher beim Rauchen der Gesundheit nicht nachtheilig sind. Um meine Leistungsfähigkeit in billigen und guten Sachen nachzuweisen, versende **500 Stück für Mk. 5,50, 1000 Stück für 10 Mk.** franko per Nachn. und lege auf Wunsch Muster von anderen guten Sorten gratis bei! **Garantie: Zurücknahme oder Umtausch, daher kein Risico.**

S. Pokora, Cigarren-Fabrik,
Neustadt, Westpr. Nr. 206.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des Allerhöchsten Privilegiums wegen Ausgabe auf den Inhaber lautende Anleihescheine der Stadt Witten vom 22. Mai 1882 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Auslosung von 82 Stück Anleihescheinen zum Nennwerthe von je 1000 Mark am

Sonnabend den 19. März cr.,
vormittags 11 Uhr,

im Zimmer Nr. 9 des Rathhauses hier stattfinden wird.

Witten, den 5. Februar 1898.

Der Magistrat: Dr. Haarmann.

Fleischverkauf.

Samstag, den 19. ds. Mts., findet auf hiesigem Schlachthofe von nachmittags 1 Uhr ab **Fleischverkauf von mehreren minderwerthen Kühen** statt.

Witten, den 18. Februar 1898.

Die Schlachthof-Verwaltung.

Verziehungshalber eine

Wohnung

von 4 Zimmern per 1. Mai zu vermiethen. Näheres

Tieferweg 18.

Eine

Wohnung

von 2 Zimmern nebst Garten und Ackerland, in der Nähe des Schachtes Trienendorf, ist auf 1. Mai zu vermiethen. Näheres bei

Gustav Kamplade, Trienendorf.

Ein nüchterner, junger Mann als

Postillon

gesucht.

Wilhelm Hemsoth,
Hammerstraße 7.

Schreiner-Lehrling

sucht

August Sondermann,
Durchholz.

Kellner-Lehrling

von 14—16 Jahren, bei sofortigem Verdienst, nach Auswärts gesucht.

Näheres

Restaurant Steinhauer.

Erfahrene

Schlosser

gesucht von

Peter Harkort & Sohn,
G. m. b. H.,
Wetter a. d. Ruhr.

Auf sofort ein zuverlässiges, im Waschen, Bügeln und Servieren erfahrenes

Zweitmädchen

gesucht.

Frau **M. Hanf,**
Poststraße 3.

Ein tüchtiges

Dienstmädchen

gegen hohen Lohn baldigst gesucht.

Frau **C. Nonnenberg,** St. Barop.

Zum 1. März wird ein ordentl.

Dienstmädchen

nach Elberfeld gesucht.

Zu erfragen **Steinstraße 7.**
Frau **Kielmann.**

Fuhr- und Ackerknechte, 50 Mädchen

jeden Standes nach hier und Auswärts gesucht.

H. Oehler's Vermittelungs-Bureau, **Witten,** Oberstraße.

Jacob & Co., Witten,

26. Bahnhofstraße 26.

Etablissement I. Ranges für Herren- und Knaben-Bekleidung.

Grundsätze der Firma:

Wir bringen nur dauerhafte, solide Fabrikate in den Verkauf, womit wir unsere geehrten Abnehmer auf das Beste bedienen.

Die großen Einkaufs-Vortheile,

welche wir durch den ganz enormen Bedarf unseres hiesigen, sowie unserer verwandtschaftlichen Geschäfte und direkten Bezug aus den uns zu Gebote stehenden weltberühmten leistungsfähigsten Fabriken erzielen, werden wir unserer Kundschaft voll und ganz zugute kommen lassen.

Für strenge Reellität, enorme Billigkeit, weitgehendste Coulanz

bürgt unser erworbenes Renommé.

Wir bitten um Beachtung unserer Schaufenster, und wird auf Wunsch jeder Gegenstand hieraus verabfolgt.

Jacob & Co.

Verehrte Hausfrau!

Erwiesen — seit Großmutter's Zeiten ist, — daß, um einen **kräftigen, gehaltvollen** und **feinschmeckenden** Caffee zu bekommen,

zu ¾ Bohnen-(Colonial-)Caffee
¼ **Franck** zu nehmen, das Vortheilhafteste ist.

Trinken Sie aber gerne **Getreide-(Malz)-Caffee,** so benöthiegn Sie noch vielmehr den

ächten Franck



und zwar: ½ Getreide-(Malz-) Caffee, ½ **Franck** — denn nur dann! — bekommen Sie ein **volles, gut mundendes, nährendes** und **stärkendes** Getränke, welches Ihnen auf die Dauer auch schmecken wird.

Heinrich Franck Söhne

Ludwigsburg (Exnt.), Marbach a. N., Bretten, Eppingen, Großgartach, Basel; Mailand; Linz a. D., Komotau, Kaschau, Agram; Buckarest; Newyork-Flushing.

Kopfbürsten,
Kleiderbürsten,
Zahnbürsten,
Nagelbürsten,
Taschenbürsten,
Frisierkämme,
Staubkämme,
Kinderkämme,
Taschenkämme
in grösster Answahl.

Otto Dickel,

Pfeifen- und Stockdrechslerei,
Bahnhofstraße 56.

Zur Probe:

12 Flaschen vorzüglichen reinen

Weiss- oder Rothwein

(auch Weiß- und Rothwein sortiert) gegen Einsendung oder Nachnahme von Mk. 9,— frachtfrei innerhalb Deutschlands.

Weingroßhandl. **Sülzer-Reitz**
Wellen a. d. Mosel.

Makulatur

(Einwickelpapier)

schöne große Bogen, à Pfd. 10 Pfg. zu haben in der

Geschäftsstelle der Wittener Volks-Zeitung.

Ein noch gut erhaltenes Ruhesopha

Chaiselongue

billig zu verkaufen.

Wiesenstraße 24.

Wittener mech. Bauschreinerei und Möbelfabrik (Dampfbetrieb)
von

Rich. Günther

vorm. A. Lüdtke.

Lieferung von:

Bau- und Kunsttischler-Arbeiten aller Art.

Fenstern und Thüren (schwed. Art, eingeschoben und überschoben) aus dem feinsten **Ostsee-Kiefernholze.**

Treppen, Paneele, Zimmer-Ausstattungen, **Möbeln aller Art,** Laden-Einrichtungen, **Rolläden. Zug-Jalousien,** Holzdrahtrouleaux, Rollschutzwände, **profilirte Leisten, Fußböden** in allen Holzarten, auch **Wiener Stabfußboden und Parquet** in Asphalt verlegt und Feder-Verband, — Kisten. —

Lager in **Eichen,** Kiefern, Creon-Pine, Pitsch-Pine, **Buchen,** Ahorn, Pappeln und **Tannen.**

Solideste Ausführung, bestes Material, **billigste Preise.**

Feinste Referenzen zu Diensten.

Zeche „Urban"

Muttenthal
(bei der Wirthschaft v. d. Thüsen)
empfiehlt

Vorzügliche Hausbrand-Kohlen

billigst.

Soester Apfelwein-Kelterei

Ferd. Freitag & Co., Soest i. W.,

empfiehlt ihren naturreinen 1896er **Apfelwein** in ganz vorzüglicher Qualität. Ein Probeversuch wird jeden Besteller zur dauernden Abnahme veranlassen.

Vertreter

werden an allen Plätzen gesucht.

Rechnungs-Formulare

empfiehlt billigst die Buchdruckerei von **H. Bringewald.**

Brüderschaft

der

Wittener Sterbekasse
4. Abtheil. incl. Wittwen.

Zahlungstermin:

Sonntag den 20. Februar cr.,
nachmittags 4 Uhr.

Der Vorstand.

Stralsunder Spielkarten

stets vorräthig in der Buchhandlung von

H. Bringewald,
vorm. Herm. Schumacher.

Aug. Roth

Hagen i. W.,
Kgl. Hof-Pianoforte-Fabrikant
empfiehlt seine

Flügel, Pianinos u. Harmoniums,

welche sich durch **Tonschönheit gediegene Ausstattung und Billigkeit** auszeichnen.

Rathenzahlungen gestattet.
Franco-Lieferung! Kataloge gratis.

Kath. Gesellen-Verein, Witten.



Sonntag den 20. Februar:

Fastnachts-Feier.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 2 Sekunden vor 7 Uhr. Ende gegen Montag Mittag.

Preise sähen sä bitte unten.

Zur Aufführung gelangt:

1. Das Geschäft im Fass.
Posse in einem Akt. Verfasser „Tot".

2. Der Ueberfall im Walde oder: **Grössenwahn und Weiberrache.**
Posse in zwei Aufzügen von August Fusel.

3. Lustig ist die Jägerei.
Schwank in 3 Akten und 2 Pausen von Jos. Becks.

4. Aus dem Kapland oder: **Kultur u. Bildung.**
Volksstück in einem Akt und einem Vorspiel von Ludw. Stork.

5. Fif Minuten op dä Drohthippe oder: **Studieneifer.**
Musikalischer Scherz von Daniel Klips.

6. Neu! Neu!

Zum Schluß:

Das Entsteigen eines Mannes aus der Unterwelt, mit feenhafter Beleuchtung.

Preise der Plätze: Unnen und bonawen egal. Kassapreis 0,40 Mark. Vorverkauf 0,30 Mark.

Einen genußreichen Abend versprechend, ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

NB. Kinder müssen in's Bett.

Kathol. Arbeiter-Verein, Witten.



Sonntag den 20. ds. Mts, nachmittags 6 Uhr beginnend:

Gemüthliche Versammlung

verbunden mit

Fastnachts-Feier

im Vereinslokal (Schwefer.)

Die Musik wird von einer **12 Mann starken, gutgeschulten Kapelle,** unter persönlicher Leitung ihres Dirigenten, ausgeführt.

Reichhaltiges Programm.

Entree gegen Entnahme einer Papiermütze von 20 Pfg.

Der Vorstand.

NB. Kinder unter 16 Jahren haben laut polizeilicher Verordnung keinen Zutritt.

Neu! Neu!

Restaurant „Zu den Hohenzollern"

W. Schwenke.

Am Mittwoch den 16., Freitag den 18. und Sonntag den 20. Februar cr.: Vorführung der

Lebenden Photographien

(Kinematograph.)

Ihre Majestät die Kaiserin von Deutschland und der Kaiser von Rußland sprachen sich Allerhöchst lobenswerth über verschiedene Bilder aus.

Beginn am Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr. Am Sonntag die erste Vorstellung abends 6 Uhr, die zweite Vorstellung abends 8 Uhr.

Zu diesen sehr interessanten Vorführungen werden die Bewohner von Witten und Umgegend freundlichst eingeladen.

Die Direktion.